



# OUTBREAK

Sprachrohr der  
Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO)

# IMPRESSUM

## **Herausgegeben durch**

Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO)  
c/o Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin

## **V.i.S.d.P**

Marco Bras dos Santos  
Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

## **Kontakt:**

outbreak@ggbo.de  
www.ggbo.de

**Stand:** Dezember 2017

## **Eigentumsvorbehalt**

Diese Zeitschrift bleibt Eigentum des Absenders,  
bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde.  
Bei Nichtaushändigung, wobei «Zur-Habe-Nahme» keine  
Aushändigung darstellt, ist sie dem Absender unter Mitteilung  
des Grundes zurückzusenden.

## **Danksagung**

Diese Zeitschrift ist mithilfe von Geldern von verschiedenen  
Einrichtungen und Einzelpersonen finanziert worden. Wir danken  
an dieser Stelle allen ganz herzlich für die unverzichtbare  
Unterstützung!

## **Texte und Karikaturen**

An dieser Ausgabe haben Solidaritätsgruppen (kurz Soligruppen)  
der GG/BO, Gefangene selbst und Unterstützer\*innen  
mitgewirkt.

Die von den einzelnen Autor\*innen veröffentlichten Texte und  
Artikel geben nicht die Meinung der gesamten GG/BO und ihrer  
Soligruppen wieder. Die GG/BO und ihre Soligruppen machen  
sich die Ansichten der Autor\*innen nur insoweit zu eigen oder  
teilen diese, als dies ausdrücklich bei dem jeweiligen Text  
kenntlich gemacht ist.

Um kein Geschlecht auszuschließen, haben wir uns für die  
Schreibweise mit dem Symbol „\*“ entschieden. Mit dieser  
Markierung wollen wir alle Menschen ansprechen, unabhängig  
von Sexualität, Geschlecht und Identität.

# INHALT

---

- 04//** Vorwort
- 06//** Warum der Knast scheiße ist...
- 10//** Der „sicherheitspolitische Befreiungsschlag“ der AfD.
- 14//** Über die Skandale in der JVA Tegel
- 20//** Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der  
Klau- und Schmuggelwirtschaft
- 30//** Die Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern durchsetzen!
- 34//** Ärztliche Versorgung hinter Gittern: Eine Katastrophe!
- 36//** Gefangenenbrief „Chronisch krank! Was nun?“
- 38//** 3 Jahre Gefangenengewerkschaft...
- 40//** Gegen Diskriminierung von Ex-Gefangenen
- 42//** Der Sitzstreik in der JVA Chemnitz
- 44//** Vorstellung des Ratgebers: „Wege durch den Knast“
- 45//** Kontakte

# VORWORT

---

Liebe Kolleg\*innen,  
liebe Leser\*innen,

nach drei Jahren ist zu beobachten, dass sich scheinbar ein jährlicher Erscheinungsrhythmus einschleicht. Nach langer Wartezeit habt ihr nun die outbreak #3 in den Händen.

Die Themen innerhalb der Soligruppen und der GG/BO sind so vielfältig geworden, dass es derzeit unmöglich ist, diese in einer outbreak Ausgabe abzubilden oder diskutieren. Einzelne Soligruppen sind daher dazu übergegangen „Rundbriefe“ zu versenden und damit die interne Kommunikation zu verbessern und den Austausch zu fördern.

Nachdem die ersten zwei Jahre ziemlich turbulent, teils auch chaotisch verliefen, scheinen sich die Soligruppen und die GG/BO im dritten Jahr gefestigt zu haben. Die zentrale Arbeit ist nun gleichberechtigt auf Soligruppen verteilt und auf Landesebene strukturiert. So ist von draußen der optimale Support in den Knästen gewährleistet. Bundesländer in denen noch keine Soligruppen existieren, werden kommissarisch von den bestehenden Strukturen unterstützt.

Die drei zentralen Forderungen, Gewerkschaftsfreiheit, Mindestlohn und volle Sozialversicherung sind weiterhin in der Öffentlichkeit präsent. Keines der Justizministerien kommt mehr an der GG/BO vorbei! Die Aktionsformen, weiteren Forderungen und konkreten Selbstverständnisse der einzelnen Soligruppen unterscheiden sich dabei erheblich. Demonstrationen, Petitionen, Klagen, parlamentarische Anfragen und Anträge sowie die Pressearbeit gehören dabei in den Werkzeugkasten der GG/BO.

**Wir freuen uns auf's vierte Jahr mit Euch!**

**Eure Soligruppen**



## Warum der Knast scheiße ist...

**Einige Gedanken zum Gefängnisssystem, seiner sozialen Funktion und zur Forderung nach Solidarität und Freiheit für alle Gefangenen**



*(Der Text wurde in der aktuellen Version als Redebeitrag für die Silvesterkundgebung 2016/17 vor der JVA Tonna geschrieben, eine ähnliche Version wurde am 18.3. bei einer Kundgebung vor der JVA Untermaßfeld verlesen – Vorlage war ein Text des ABC Berlin)*

Gefängnisse stellen das höchste Mittel des Staates zur Bestrafung von denjenigen dar, die gegen die Regeln und Gesetze, welche von den jeweiligen Herrschenden aufgestellt wurden, verstoßen haben.

Eine Person, welche durch Gesetzesbrüche die Norm verletzt, soll bestraft, als Unruheherd kontrolliert und isoliert sowie als abschreckendes Beispiel für den Rest der Gesellschaft präsentiert werden. Die Stigmatisierung der Gefangenen, auch über die Haft hinaus, definiert Normen des richtigen und guten bzw. des falschen und bösen Verhaltens und verhindert relativ erfolgreich die

Identifizierung mit denjenigen, die der Staat als Gefahr für die gesellschaftlichen Verhältnisse, ihre Normen und Regeln verfolgt und sich damit selbst als Garant von Sicherheit und Ordnung ausgibt.

Immer neue Gesetze, ausgefeiltere Methoden der Überwachung und der Strafe tragen dazu bei, ein Klima der Angst zu erzeugen, in welchem es möglich ist die Disziplinierung, Unterdrückung und Kontrolle der Gesellschaft voranzutreiben, die vor allem zur Festigung der Macht von denjenigen beiträgt, die sie inne haben. Als Rechtfertigung dient die Suggestion einer allgemeinen, abstrakten und Klassengrenzen ignorierenden Bedrohung durch Terroristen und Kriminelle, der wir nur durch diese Maßnahmen beikommen könnten. Indem aber Menschen in Knäste gesperrt werden, wird nur von den eigentlichen Problemen und ihren Ursachen abgelenkt, nämlich, dass diese Gesellschaft auf Herrschaft, Konkurrenz und Ausbeutung be-

ruht, welche tagtäglich unser Leben bestimmen und einschränken und die sozialen Verwerfungen überhaupt erst erzeugen, zu deren repressiven Verwaltung und Kontrolle Polizei, Justiz und Knast angetreten sind, für die sie aber - als Teil des Problems - keine Lösung anbieten können.

Ein Blick darauf, wer in den Knästen gefangen gehalten wird, offenbart, dass diese Menschen zu einem überwiegenden Teil aus der Unterschicht kommen. Allgemein wird immer davon ausgegangen, dass nur pathologische Mörder\*innen und Sexualstraftäter eingesperrt sind, aber in der Realität sitzen viele Menschen in den Knästen, weil sie ohne zu zahlen den ÖPNV genutzt haben, sich im Supermarkt etwas gönnen wollten, nicht in der Lage waren auf legalen Wegen die Miete und das Essen zu bezahlen oder auch um am, u.a. durch die allgegenwärtige kapitalistische Warenpropaganda transportierten Wohlstandsversprechen und -ideal partizipieren zu können. Drogensucht und Gewalttätigkeit, resultierend aus widrigen Lebensumständen, biographischer Sozialisation und krisenhaften Lebenssituationen, spielen eine weitere große Rolle dabei Menschen in den Knast zu bringen. Auch nicht unerwähnt sollte bleiben, dass die soziale Ungleichheit, das gesellschaftliche Bild des Kriminellen und das damit verbundene staatliche Strafen, neben einem Klassencharakter, auch eine deutlich rassistische Komponente haben, was dazu führt, dass Menschen mit Migrationshintergrund, ohne einheimischen Pass und Nicht-Weiße in den Knästen überrepräsentiert sind.

Wie erfolgreich Polizei, Justiz und Knast damit sind die Probleme rund um Gewalt und Kriminalität zu lösen, lässt sich leicht an diversen Statistiken zu Kriminalität, Gefängnis und Resozialisierung ablesen: Das System des staatlichen Strafens wird zunehmend ausgebaut, Resozialisierung ist in vielen Fällen nur eine Illusion und die Gewalt und Kriminalität verschwindet nicht aus der Gesellschaft. Ist dies nicht ein Zeichen dafür, dass Knast überhaupt keine Lösung für irgendein Problem ist? Probleme, die keine individuellen sondern vielmehr soziale Probleme darstellen? Probleme,

welche logische Folge einer Gesellschaft sind, die das Bedürfnis der Menschen nach Autonomie, Würde und materieller, sozialer und emotionaler Sicherheit nicht befriedigen kann, da sie die Menschen als kapitalistische Gesellschaft dazu zwingt, mit den verschiedensten legalen und eben auch „illegalen“ Mitteln gegeneinander um ihr Überleben und etwas Würde zu kämpfen?

Insofern, als dass der Knast dazu dient soziale Herrschaftsverhältnisse und ihre gesellschaftlichen Folgen abzusichern, zu reproduzieren und zu regulieren, stellt der Knast als Phänomen eine soziale Institution dar, welche nur im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen als Ganzes betrachtet und behandelt werden kann. Entsprechend zeigt sich im individuellen Strafen und Wegsperrn auch gewöhnlicher, d.h. nicht klassischer „politischer Gefangener“, besonders eklatant die Klassenherrschaft und ihr Umgang mit den durch sie verursachten gesellschaftlichen Problemen – sie sind daher „soziale Gefangene“, die ihre Lage politisieren und zum Ausgangspunkt von Kämpfen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse machen können, von deren Folgen sie im besonderen Maße negativ betroffen sind.

Dabei ist zu beachten, dass das Gefängnis nur eine von einer Vielzahl von Einrichtungen darstellt, welches dieses System am Laufen halten und dazu dienen Menschen zu erziehen, zu brechen, zu kontrollieren und in die so als „geknastet“ zu bezeichnende Gesellschaft einzufügen: Schulen, psychiatrische Einrichtungen, Abschiebelager, Arbeitsplätze, Überwachung im öffentlichen Raum usw.

Das Gefängnis selbst ist daher keine abgetrennte Welt, es betrifft nicht bloß Gefangene, stigmatisierte Ex-Gefangene und ihre Angehörigen. Es wirkt nicht nur als Ort besonders repressiver ökonomischer Ausbeutung in Form von staatlich subventioniertem Sozial- und Lohndumping weit über die Gefängnismauern hinaus, sondern schwimmt mit seiner Umwelt, denn seine Logiken und Mittel finden auch in anderen, u.a. den gerade erwähnten, gesellschaftlichen Bereichen Anwendung. Wo

wenige einem totalitären System der Kontrolle und Ausbeutung unterworfen werden, kann stetig neu definiert werden, wer ihm unterworfen wird bzw. ob seine Instrumente auch andernorts angewendet werden. Das Gefängnis ist wie ein Damoklesschwert, das über dem Kopf aller Ausgebeuteten, Beherrschten und Ausgeschlossenen, eben auch derjenigen außerhalb der Gefängnismauern, schwebt, damit diese weiterhin die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und das notwendig mit ihnen einhergehende materielle, soziale und emotionale Elend akzeptieren bzw. nur auf vorgegebener Weise mit diesem umgehen. Alle Angehörige proletarisierter und subalternen Klassen sind damit potentiell Gefangene, denn sie haben im besonderen Maße mit den widrigen Bedingungen und Zumutungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen und die Justiz, welche auf Basis des Rechts darüber entscheidet, welcher Umgang damit legitim, angemessen und gut ist bzw. was

umgekehrt deviant, von der Norm abweichend und damit kriminell ist, ist eine Klassenjustiz. Das Rechtssystem ist nicht neutral, es ist nicht die natürliche Manifestation des allgemeinen Interesses, sondern der Ausdruck eines herrschaftsförmigen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen. Die Funktion und Notwendigkeit des Rechtssystem besteht in nichts anderem, als der Absicherung dieses Klassenverhältnisses und damit der Privilegien der herrschenden Klasse. Gegen das Gefängnis zu kämpfen, bedeutet daher gegen den Staat und seine Justiz und letztlich gegen eine Form von Gesellschaft zu kämpfen, welche solche Institutionen nötig hat.

Der humanitäre Diskurs, dessen einziger Horizont die Verbesserung der Haftbedingungen und mehr Respekt für die Rechte der Gefangenen ist, trägt hingegen de facto zur Perfektionierung der Einsperrung und zum Erhalt der Institution „Knast“

Anzeige



**ROTE HILFE E.V.**  
 Unsere Solidarität gegen ihre Repression!  
 info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren  
 Mitglied werden!

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
 Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
 BIC: NOLADE21GOE

**DIE ROTE HILFE**  
 Zeitung gegen Repression

Die Rote Hilfe erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Rote Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Erhältlich auch in gutsortierten  
 Bahnhofsbuchhandlungen

und seiner sozialen Funktion der Absicherung von Herrschaft bei. Was uns als Alternative zum Gefängnis präsentiert wird (elektronische Fußfessel, Hausarrest, Therapie mit dem Ziel der bürgerlich-kapitalistischen Resozialisierung etc.) ist nichts anderes als ein weiteres, wenngleich „weiches“ und damit weniger angreifbares Mittel des Staates, um seine Kontrolle über gewisse Bevölkerungsschichten auszuweiten und sicherzustellen. Diese Mittel gehen mit einer sozialen Betreuung einher, die meistens einer Auferlegung von Zwangsarbeit gleicht, vergleichbar mit der Logik der Arbeitslosenkontrolle, wo auf den geringsten Fehltritt eine Bestrafung folgen könnte. Diese sogenannten Alternativen erzeugen bzw. beteiligen sich nach demselben Muster wie bei so vielen anderen Aspekten unserer Gesellschaft – seien es Lohnarbeit, Bildung oder auch Geschlecht – an der (Selbst-)Disziplinierung, die jeder hinnehmen muss, um an seinem Platz zu bleiben und ihn gegen jene, welche in der sozialen Hierarchie noch weiter unten sitzen zu verteidigen. Diese Maßnahmen, die als eine Art „Entlastung“ des Gefängnisses präsentiert werden, erlauben im Gegenteil, immer mehr einzusperrern: Die Anzahl Gefangener bleibt steigend – das Gefängnis wird als Institution lediglich diffuser, da es seine Betonmauern verliert.

Insofern das Gefängnis als Ort, an dem die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse sich intensivieren und besonders offensichtlich zu Tage treten, das Abbild der Gesellschaft darstellt, ist die gegenwärtige Schwäche der Kämpfe in und um die Gefängnisse die Widerspiegelung der Abschwächung der Klassenspannungen im Allgemeinen. Dennoch finden auf der ganzen Welt Kämpfe gegen die Einschließung statt, die es ermöglichen Verbindungen zwischen Drinnen und Draußen zu knüpfen und die versuchen diese Revolten in eine weitreichendere Kampfperspektive gegen Herrschaft im Allgemeinen zu stellen. Es ist wichtig eine solche solidarische Bewegung zur Unterstützung der Gefangenen mit der Forderung nach Freiheit für alle Gefangenen voranzutreiben und die Ablehnung aller Formen des Wegsperrens dabei in den Kontext des Kampfes gegen alle Herrschaftsverhältnisse zu

stellen, da sie ihren Ursprung in eben diesen sozialen Verhältnisse haben, in denen wir zu Leben gezwungen sind und so uns alle – im Knast oder draußen – betreffen. Schließlich ist Freiheit nicht ein individueller Zustand, sondern ein zu schaffendes soziales Verhältnis, welches nur Wirklichkeit werden kann, wenn das Gefängnisssystem der Vergangenheit angehört.

## Grüße und Freiheit für alle Gefangene!



*Welche Folgen wird die zunehmende Autoritarisierung des politischen Regimes in Deutschlands für den Strafvollzug, für die Situation der inhaftierten Arbeiter\*innen und für uns als Gefangenen-Gewerkschaft haben?*

## Der „sicherheitspolitische Befreiungsschlag“ der AfD. Worauf müssen wir uns als Gefangenen-Gewerkschaft einstellen?

Seit den Bundestagswahlen vom September 2017 ist die AfD, eine Partei mit deutlichen faschistischen Tendenzen, die drittstärkste politische Kraft in Deutschland. Sie ist auf der einen Seite Produkt des gesellschaftlichen Rechtsrucks, auf der anderen Seite hat sie die anderen Parteien selbst weiter nach rechts gezogen und wird dies auch weiterhin tun.

Welche Folgen wird die zunehmende Autoritarisierung des politischen Regimes in Deutschlands für den Strafvollzug, für die Situation der inhaftierten Arbeiter\*innen und für uns als Gefangenen-Gewerkschaft haben?

Im Grundsatzprogramm der AfD von 2016 heißt es: „Die AfD fordert daher einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung.“ Wie dieser angekündigte „Befreiungsschlag“ konkret aussehen soll, dem wollen wir im Folgenden nachgehen. Dabei stützen wir uns auf die Programme der AfD sowie auf Pressemitteilungen und Erklärungen einzelner AfD-Funktionär\*innen.

### Härtere Gesetze und härtere Urteile

Die AfD ist eine klassische Law-and-Order-Partei und fordert eine ganze Reihe von Gesetzesverschärfungen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Alkohol soll als strafmildernder Umstand wegfallen. Schon 2014 forderte die AfD eine Mindeststrafe von 3 Monaten für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte. Die Mindeststrafe für Straßenraub und für gefährliche Körperverletzung mittels eines gefährlichen Gegenstandes soll erhöht werden.

Darüber hinaus will die AfD die Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre heruntersetzen und ab dem Alter von 18 Jahren ausschließlich das Erwachsenenstrafrecht anwenden. Damit zielt sie auf härtere Strafverfolgung der Jugend.

Die AfD hat außerdem gefordert, in höherem Maße auf Gerichtsverhandlungen zu verzichten und stattdessen gleich Strafbefehle zu verhängen. Sie will den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit für die Un-

tersuchungshaft abschaffen. Das Vorliegen eines dringenden Tatverdachts soll für die Verhängung der U-Haft ausreichen. So soll die staatliche Aburteilung, Bestrafung und Inhaftierung der Bevölkerung prozessmäßig vereinfacht und beschleunigt werden.

### Mehr Polizei und mehr Überwachung

Die Verschärfung von Gesetzen will die AfD mit dem Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaats begleiten. Sie setzt sich für mehr Polizei und für eine stärkere Polizeipräsenz, für eine Aufrüstung der Polizei u.a. mit Bodycams und Elektroschockern und für die weitere Zentralisierung des Polizeiapparats in der Bundespolizei ein. Zudem will sie die Militarisierung der Grenzen unter dem Dach der Bundespolizei vorantreiben.

Mit Forderungen wie Videouberwachung mit Gesichtserkennung, DNA-Auswertung, Bodycams für Polizist\*innen und Entzug des Datenschutzes für „Täter“ ebnet die AfD der totalen Kontrolle der Bevölkerung durch den Staat den Weg. Nur dort, wo sie die wirtschaftlichen und politischen Interessen ihres Klientels – das Kapital und die rechte Straßenbewegung – gefährdet sieht, kritisiert sie die staatliche Überwachung oder Rechtsverschärfung, z.B. bei Überlegungen zu Abschaffung des Bargelds oder zur Einschränkung im Waffenrecht.

### Verschärfung des Strafvollzugs und Ausbau des Gefängniswesens

Es steht außer Frage, dass Gesetzesverschärfungen und der Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaats den Teil der kriminalisierten und inhaftierten Bevölkerung vergrößern werden. An dieser Stelle sieht die AfD eine zunehmende Disziplinierung und Unterdrückung der Gefangenen vor. 2016 hetzte die AfD im Berliner Senat gegen das rot-rot-grüne Projekt, den offenen zum Regelvollzug zu machen. Sie bezeichnete es als „längst als weltfremd erwiesene

Resozialisierungsromantik“. Vollzugslockerungen und Hafturlaube sollen nur noch mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft stattfinden und so – wie man sich denken kann – noch stärker eingeschränkt werden, als sie es ohnehin schon sind. Alkohol-, drogen- und psychisch kranke Häftlinge, die die AfD als nicht therapierbar und gefährlich ansieht, will sie nicht in die klinische Forensik, sondern in die Sicherungsverwahrung sperren.

Die AfD lässt keinen Zweifel daran, dass sie die Gefangenen als Bürger\*innen zweiter Klasse betrachtet, denen gegenüber keine Menschlichkeit zuzulassen ist. So äußerte sich die AfD im Thüringer Landtag in deutlich abschätzigem Ton über „Candle-Light-Dinners“ in thüringischen Knästen. Sie kritisierte außerdem die Kooperation der Greizer Bibliothek mit der JVA Hohenleuben und meinte, die Gefangenen würden dort „bemuttert“. Die saarländische AfD hetzte gegen die Gefangenen der JVA Lerchesflur, welche angeblich die Nachbarschaft „terrorisieren“. Der Zwickauer AfD-Chef unterstützte die von zahlreichen Vorurteilen gegen Gefangene geprägte Kampagne gegen den Neubau einer JVA in Zwickau-Marienthal. Damit ordnet sie sich in die weit verbreitete Ideologie ein, die Gefangene dämonisiert und behauptet, die JVAs seien längst „Hotels“ geworden.

Nichtsdestotrotz setzt sich auch die AfD für die Einstellung von mehr Schließer\*innen und den Ausbau des Gefängniswesens ein. Sie fordert die Wiedereröffnung der JVA Frankfurt/Oder und die Neueröffnung der geschlossenen JVA Gera als Abschiebeknast.

### **Hetze gegen die migrantischen Gefangenen**

Es ist keine Überraschung, dass die AfD vor allem einen Teil der Gefangenenpopulation ins Visier nimmt – die migrantischen Gefangenen. Die Kampfbegriffe der „Ausländerkriminalität“ bzw. der „kriminellen Ausländer“ zielt auf der einen Seite auf die Stigmatisierung und weitere Abwertung aller Migrant\*innen in Deutschland, führt aber auf der anderen Seite zu aggressiven Forderungen insbesondere gegen die migrantischen Gefangenen. Die „wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität“ nahm so einen prominenten Platz im Programm der AfD für die Bundestagswahlen 2017 ein. Zunächst will die AfD, dass der Migrationshintergrund bei der Meldung von Straftaten verzeichnet wird. Anstatt sich über die Gründe von Straffälligkeit (Armut, Perspektivlosigkeit, Drogenabhängigkeit,

psychische Erkrankung, Ausgrenzung) Gedanken zu machen, soll so die Gleichung Ausländer=Krimineller „belegt“ werden. Anschließend drängt die AfD auf eine Vereinfachung der Abschiebung migrantischer Gefangener, will die Abschiebung schon mit dem Urteil anordnen lassen, fordert die Rücknahme der Staatsbürgerschaft „bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung“ und den Verlust der Staatsbürgerschaft bei gewissen Straftaten.

Die AfD unterstützt den Ausbau des Abschiebegefängniswesens in Deutschland. Sie fordert aber auch den Aufbau von Gefängnissen im Ausland, in denen migrantische Gefangene unter deutscher Leitung eingeknastet werden sollen. Erklärtes Ziel dieses deutschen Knastwesens im Ausland besteht auch in der „Abschreckungswirkung“. Mit dieser rassistischen Sonderbehandlung migrantischer Gefangener will die AfD Deutschland zu einer Apartheidgesellschaft machen: Die migrantische Bevölkerung fällt unter ein Sonderrecht und kann bei gerichtlich festgestellter Straffälligkeit einfach deportiert werden.

### **Repression gegen die sozialen Bewegungen**

Die AfD führt einen Krieg gegen links. Sie drängt auf die Säuberung der Staatsapparate von Linken, wenn sie gegen staatlich geförderte antifaschistische und antirassistische Programme und gegen linke Parteien hetzt. Sie greift aus den Institutionen aber immer wieder auch gesellschaftliche Bewegungen für Freiheit und Gleichheit an. An anderer Stelle haben wir auf die staatliche Repression gegen die Gefangenen-Gewerkschaft in Thüringen hingewiesen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die AfD tiefer in die Staatsapparate eingedrungen ist und so an der Verwaltung der Gefangenenpopulation und ihrer Bewegung beteiligt wird oder bis wir als Gefangenen-Gewerkschaft aus sonstigen Gründen zur Zielscheibe werden.

### **Hand in Hand mit Staat und Schließern**

Ziel dieses Artikel ist es nicht, die AfD zu dämonisieren oder als Wurzel allen Übels hinzustellen. Stattdessen stellt sie lediglich den radikalsten Flügel einer Law-und-Order-Fraktion innerhalb der Staatsapparate dar.

So haben einige Schließer\*innen in der AfD eine bessere Vertretung ihrer sicher schon vorher bestehenden Ansichten gefunden. So ist beispielsweise Jens Diederichs, der ehemalige Personalratsvorsitzende der JVA Halle und Funktionär des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD),

der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im sachsen-anhaltinischen Landtag geworden. Außerdem verfolgen auch andere Parteien, inklusive der linken, ähnliche Law-and-Order-Projekte. So hat die große Koalition auf Bundesebene die AfD-Forderung nach dreimonatiger Mindesthaft für angebliche Angriffe auf die Polizei im Februar 2017 umgesetzt. Gleichzeitig hat die CSU im Juli 2017 die Vorbeugehaft, die bis dahin auf zwei Wochen begrenzt war, vollkommen entgrenzt und präventive Fußfesseln für sogenannte Gefährder\*innen, also für unverurteilte Leute, eingeführt. Am Bahnhof Südkreuz im rot-rot-grünen Berlin wird seit August 2017 Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung getestet und im rot-rot-grünen Thüringen laufen Polizist\*innen seit April 2017 „testweise“ mit Bodycams rum. Diese, das zeigt die Praxis in den USA, dienen nicht dazu, das polizeiliche Handeln, also Polizeigewalt, zu dokumentieren, sondern „das polizeiliche Gegenüber“ einzuschüchtern und besser überführen zu können.

So stellt die AfD an sich nichts Neues und keinen Bruch mit der bisherigen staatlichen Verwaltungsweise der Bevölkerung und der Gefangenenpopulation dar. Sie macht aber Anstalten, zum Hauptmotor einer Entwicklung zu werden, die von härteren Gesetzen, mehr Polizei, mehr Überwachung, mehr Knästen, härteren Haftbedingungen und Apartheidgesetzen für migrantische Gefangene gekennzeichnet ist. In anderen Worten: Die AfD macht sich zur Speerspitze der Autoritarisierung staatlicher Herrschaft in Deutschland.

### **Als Gefangenen-Gewerkschaft für die Freiheit kämpfen!**

Mit dieser Entwicklung müssen wir uns als Gefangenen-Gewerkschaft in den kommenden Jahren auseinandersetzen, denn es sind wohl die inhaftierten Arbeiter\*innen und von ihnen vor allem die Migrant\*innen, die die Folgen als Erste zu spüren bekommen. Diesen Kampf zur Verteidigung unserer Freiheit und Freiheiten führen wir als Gefangenen-Gewerkschaft aber nicht allein und so lohnt es sich nach Verbündeten Ausschau zu halten und sich gemeinsam zu organisieren!

### **Quellen chronologisch**

Bartsch, Michael: Wegsperren ja, aber bitte nicht hier, in: taz, 03.01.2014, online: <http://www.taz.de/!5051632/> [14.11.2017].

Bodenständig und frei leben. Das Programm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahlen in Brandenburg am 14. September 2014, beschlossen auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg in Didersdorf am 04.05.2014, online: <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/04/Landtagswahlprogramm-komplett.pdf> [am 14.11.2017 nicht mehr online verfügbar].

Grieser, Katja: Fragen, Recherche und Fakten: AfD-Kreisverband wettet gegen OTZ und Greizer Bibliothek, in: OTZ, 02.10.2015, online: <http://greiz.otz.de/web/greiz/startseite/detail/-/specific/Fragen-Recherche-und-Fakten-AfD-Kreisverband-wettet-gegen-OTZ-und-Greizer-Bib-1077153367> [14.11.2017].

Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016, online: [https://alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf) [14.11.2017].

Diederichs, Jens: Personalmangel in Gefängnissen ist längst Realität, 18.07.2016, online: <http://www.afdfraktion-lsa.de/tag/justiz-strafvollzug-haft-personalmangel/> [14.11.2017].

Berg, Hans Joachim: Der offene Strafvollzug im Kontext der Innen Sicherheit Berlin, Aktuelle Stunde im Berliner Senat am 24.11.2016, online: <http://www.hansjoachimberg.de/wp-content/uploads/2016/12/Aktuelle-Stunde-am-24112016-offener-Strafvollzug.pdf> [14.11.2017].

Krämer, Bernd: Insassen der JVA Lerchesflur terrorisieren die Nachbarschaft – Der Justizminister ist gefordert, 30.11.2016, online: <https://afd.saarland/aktuelles/2016/11/insassen-der-jva-lerchesflur-terrorisieren-die-nachbarschaft-der-justizminister-ist-gefordert/> [14.11.2017].

GG/BO-Soligruppe Jena: Staatliche Verfolgung von GG/BO-Aktivist\*innen, in: Sonderausgabe Rote Hilfe Zeitung: 18. März 2017 – Tag der politischen Gefangenen, 18.03.2017, S. 7.

Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, online: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf) [14.11.2017].

AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: JVA Gera als Abschiebegefängnis nutzen, 21.10.2017, online: <http://afd-thueringen.de/2017/10/jva-gera-als-abschiebegefängnis-nutzen/> [14.11.2017].

*Von der Solidaritätsgruppe Jena  
der Gefangenen-Gewerkschaft*

## Für die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!

### Die Soligruppe Berlin der Gefangenen-Gewerkschaft über die Skandale in der JVA Tegel: Eine Zusammenfassung von September 2016 bis September 2017

*Wir, die Berliner Solidaritätsgruppe (kurz: Soligruppe) der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (kurz: GG/BO), müssen seit unserer Gründung im September 2016 immer wieder feststellen, dass die größte bundesdeutsche Haftanstalt, die JVA Tegel, ständig Stoff für handfeste Skandale liefert. Obwohl die GG/BO in diesem Knast gegründet worden und dort dementsprechend seit mehr als 3 Jahren durch Gefangene und Unterstützung von draußen aktiv ist, scheint sich die JVA Tegel nicht darauf eingestellt zu haben, dass sich Gefangene organisieren, für ihre Rechte kämpfen, protestieren und rebellieren....*

Die Gefangenen-Gewerkschaft wurde im Mai 2014 von Mehmet-Sadik Aykol und Oliver Rast in der JVA Tegel gegründet. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt keine bundesdeutsche Gewerkschaft geplant: die damals gegründete „Gefangenen-Gewerkschaft der JVA Tegel“ ahnte noch nicht, dass sich gewerkschaftliches Engagement von Gefangenen aus bald in der gesamten BRD ausbreiten würde. Die JVA Tegel vermutlich dagegen schon: sonst hätte sie die Zellen von Oliver Rast und Mehmet-Sadik Aykol nicht schon ein paar Tage nach der Gründung der Gefangenen-Gewerkschaft durchsucht.

Eine gewerkschaftliche Organisierung von Gefangenen schien der JVA Tegel also gar nicht zu gefallen. Wenn wir uns den Knast genauer anschauen, können wir das auch nachvollziehen: die JVA Tegel glänzt weder bei dem Umgang der Bediensteten mit den Gefangenen, noch bei den baulichen, technischen oder medizinischen Bedingungen in den einzelnen Teilanstalten. Weder ist sie dafür bekannt, dass sie nach geltendem Recht handelt, noch, dass sie die anstaltsinterne Repression gegen Gefangene klein hält. Verwunderlich scheint es uns dann aber doch, dass die JVA Tegel nicht einmal versucht, die Anstalt „zu verbessern“, um mediale Skandale eventuell zu vermeiden. Im Gegenteil: seit unserer Gründung tragen uns Gefangene aus

der JVA Tegel immer wieder neue Missstände zu: natürlich versuchen wir dann dementsprechend zu reagieren, allerdings macht es auch uns hier draußen die JVA Tegel immer wieder schwer, gegen die Zustände zu rebellieren....

#### **Klau- und Schmuggelwirtschaft – September 2016**

Dass Gefangene der JVA Tegel in den Werkbetrieben für einen Hungerlohn und ohne Sozialversicherung schufteten, wissen wir schon. Dass zu den Abnehmer\*innen der produzierten Waren Berliner Ämter und Behörden gehören, ist auch nichts Neues. Aus gewerkschaftlicher Perspektive ist das allerdings schon Skandal genug. Aus der Perspektive der Bediensteten der JVA Tegel anscheinend nicht.

So mussten wir im September 2016 feststellen, dass einen erheblichen Teil der Produkte, welche Gefangene unter dem Sozial- und Lohndumping produzieren, die Tegeler Beamt\*innen für sich selbst herstellen lassen. Alles, was sie gebrauchen oder „draußen“ gut verkaufen können, klauen sie; dabei bedienen sie sich ungeniert des anstaltseigenen Fahrdienstes, der völlig unkontrolliert die Waren den Beamt\*innen frei Haus liefert. Eingeweihte bezeichnen das Selbstbedienungssystem der Beamt\*innen als, „Tegeler Ringtausch“: der Polstermeister entwendet für die Sanitäterin zwei Matratzen, die ihr vom Fahrdienst nach Hause gebracht werden – dafür erhält der Polsterer eine Tüte Medikamente für sich und seine Vereinskollegen im Sportclub. Der Umfang des Schadens wird Expert\*innen zufolge pro Jahr auf einen fünf- bis sechsstelligen Euro-Betrag geschätzt.

Das Phänomen der Klau- und Schmuggelwirtschaft ist natürlich nicht erst im September 2016 aufgetaucht. Schon vor Jahren sollen einzelne Gefangene diese „Klau- und Schmuggel-Mafia“ angezeigt haben – passiert ist nichts. Dank der Hinweise von zwei engagierten Gefangenen aus der JVA Tegel an die Unterstützer\*innen der GG/BO außerhalb der Haftanstalt, konnte das Skandal dieses Mal aller-

dings an die breite Öffentlichkeit gebracht werden: am 13.09.2016 berichtete das Reportage-Magazin „Frontal 21“ (ZDF), auf welche Weise in der JVA Tegel die Klau- und Schmuggelwirtschaft funktioniert. Dabei zeigten die zwei Gefangenen Timo F. und Benny L. in dem Bericht auch ihr Gesicht, um den Klau- und Schmuggel Skandal zu veröffentlichen. So berichtete zum Beispiel Timo F., dass Mitarbeiter\*innen der JVA seit Längerem Waren aus der Haftanstalt geschmuggelt und verkauft, sowie ähnlich wie ein Pizzaservice Bestellungen von Gefangenen entgegen genommen und ausgeführt haben. Ein Ex- und Import-Geschäft als Nebenerwerbsquelle einiger Justizwachtmeister\*innen. Um zu beweisen, dass die Klau- und Schmuggelwirtschaft nichts Erfundenes ist, schmuggelt Timo F. zusätzlich in dem „Frontal 21“ Bericht ein Mainzelmännchen durch einen Beamten aus der JVA Tegel raus und wieder rein.

### Die Reaktion der JVA?

Unglaublich repressive Maßnahmen gegen Timo F. und Benny L.! Laut des Rechtsanwalts von Timo F. wurde bereits am nächsten Vormittag dessen Zelle durch die „Abteilung Sicherheit“ der Tegeler Haftanstalt auf den Kopf gestellt. Des Weiteren wurde Timo F. unter Verschluss genommen.

Der Skandal der Selbstbedienung und -bereicherung durch Bedienstete soll nach der JVA Tegel also nicht aufgedeckt, sondern kaschiert werden: mittels Repression gegen engagierte Gefangene!

Mit der Zellenrazzia wurde aber nicht nur versucht, den Gefangenen Timo F. einzuschüchtern, sondern in die gesamte Gefangenschaft das Signal zu senden, dass eine weitere Enthüllungsarbeit von Gefangenen Repression nach sich zieht.

Während nun die Gefangenen in der JVA Tegel die Füße still hielten, müssen die der JVA Tegel kalt geworden sein. Jedenfalls könnte so erklärt werden, warum die „Abteilung Sicherheit“ in der JVA am 23. September 2016 umfassend damit begonnen hatte, Gefangene zur „Klau- und Schmuggel-Wirtschaft“ zu verhören. Sicher ist aber: es ging weniger darum, an einer vermeintlichen Aufklärung der Vorfälle durch Bedienstete zu arbeiten, als eher darum, engagierte Gefangene mal wieder einzuschüchtern.

Den Höhepunkt der Repression mussten dann aber schlussendlich wieder die Gefangenen Timo F. und Benny L. erleben. So wurden die Beiden seitens der

JVA-Leitung mit dem so genannten Stubenarrest, einer Disziplinarmaßnahme, belegt. Als „Begründung“ wurde angeführt, dass die beiden Gefangenen Videoaufnahmen, welche im „Frontal21“-Beitrag gezeigt wurden, „unerlaubterweise“ gemacht hätten. Die Disziplinarmaßnahme, die laut JVA-Leitung ab dem 27. September gelten sollte, sah unter anderem vor, dass die beiden Gefangenen mindestens vier Wochen unter Verschluss gehalten werden sollten, d.h.: lediglich anderthalb Stunden Aufschluss, Verlust von Langzeitbesuchen, stornierte Beschäftigungsverhältnisse und keine TV-Geräte.

Timo F. schrieb uns dazu: „anstatt aber die Verbrecher in den eigenen Reihen zu fangen und sich redlich und gesetzestreu zu verhalten, eröffnen die Verantwortlichen ein Disziplinarverfahren gegen mich, den Zeugen. Sie kreiden mir die Videoaufnahmen an und unterstellen den Besitz eines Mobiltelefons.“ Aus diesem Grund, so die JVA Tegel, wurde an Timo F. auch eine „Anusbeschau“ durchgeführt. Hier sollten wohl das im „Frontal21“ geschmuggelte Mainzelmännchen und das angebliche Mobiltelefon gefunden werden – wurde es aber nicht.

Für uns war es offensichtlich, dass es der JVA-Leitung nicht nur darum ging, vom anstaltsinternen Skandal des Schmuggels und der Hehlerei durch Bedienstete abzulenken, sondern die aktiven Gefangenen Timo F. und Benny L. regelrecht mundtot zu machen. Disziplinarmaßnahmen, um die engagierten Gefangenen, welche lediglich auf die Missstände aufmerksam machen wollten, klein zu halten!

Und die Reaktion auf die Bediensteten, welche sich durch die Klau- und Schmuggelwirtschaft ständig bereicherten? Eigentlich keine. Lediglich gegen zwei Beamte wurde von der Staatsanwaltschaft her ermittelt. Die Ergebnisse sind uns bis heute nicht bekannt. Einen kleinen Lichtblick sollte es dann aber doch noch geben: vom Berliner Landgericht wurde kurze Zeit später erkannt, dass die Disziplinarmaßnahmen gegen Benny L. nicht gerechtfertigt waren, weshalb sie auch nach zwei Wochen aufgehoben werden mussten:

„In diesem besonderen Fall hätte berücksichtigt werden müssen, was Gegenstand des Handyfilms gewesen sei, nämlich der Verdacht gegen Justizvollzugsbeamte, hier in unlautere Machenschaften verwickelt zu sein. Das hätte die JVA Tegel nach Auffassung des Gerichts berücksichtigen müssen bei der Entscheidung.“, so die Pressesprecherin der Ber-

liner Strafgerichte, Lisa Jani im „Frontal 21“ Bericht. Timo F. musste hingegen 4 Wochen die Disziplinarmaßnahmen aushalten. In seinem Fall hatte das Landgericht keine Abhilfe geschaffen. Das lag vor allem daran, dass eine andere Gerichtskammer für ihn zuständig war als in Benny L.'s Fall. Diese arbeitete, um es milde auszudrücken, nicht sorgfältig, weswegen die Disziplinarmaßnahmen gegen Timo F. vier Wochen anhielten, obwohl sie nicht rechtens waren.

Zusammengefasst kann also schon an dieser Stelle von uns festgestellt werden, dass sich die JVA Tegel durch die Klau- und Schmuggelwirtschaft durch die Bediensteten einen riesigen Skandal geleistet hat. Doch schien die alleinige Tatsache der Klau- und Schmuggelwirtschaft der JVA Tegel nicht zu genügen: anstatt die Bediensteten zur Rechenschaft zu ziehen, welche sich am „Tegeler Ringtausch“ bereicherten, bekommen die Gefangenen, welche auf die Missstände aufmerksam machten, die Repression zu spüren. Uns ist damit ganz klar geworden: Gefangene, die widerständig sind und sich versuchen gegen korrupte Zustände zu wehren, sollen klein gehalten werden. Aus der JVA Tegel soll nichts raus. Jedenfalls nichts, was den Beamt\*innen schaden könnte. Produkte, welche Gefangene für einen Hungerlohn gefertigt haben, dürfen dann aber doch schon mal im Haus und Garten der Bediensteten stehen.

### **Repression schon nach kleinstem Widerstand**

Der nächste Skandal in der JVA Tegel ließ nicht lange auf sich warten: im Februar 2017 unterschrieben 18 Gefangene der Teilanstalt V (kurz TA V) eine Petition, welche sich explizit gegen die vollzugsbehördliche Tätigkeit des Gruppenleiters R. (Sozialarbeiter der Teilanstalt) richtete. Zu den Unterzeichnern gehörten einige GG/BO Aktivisten.

In der Petition hieß es unter anderem:

Außerdem versicherten die Unterzeichnenden „an Eides statt, dass auch etliche Stationsbedienstete Herrn R. als unredlichen und nicht gesetzestreuem ‚Punisher‘ bezeichnen.“

### **Die Reaktion der Teilanstalt?**

Selbes Spiel wie bei der Klau- und Schmuggelwirtschaft: anstatt den Bediensteten zur Rechenschaft zu ziehen, oder wie Timo F. es formulieren würde, „den Verbrecher in den eigenen Reihen zu fangen“, wurde einer der Hauptinitiatoren der Petition, Hau-

ke Burgmeister, seitens der Vollzugsbehörde der „Meuterei“ bezichtigt und in ein anderes Hafthaus zwangsverlegt.

Damit nimmt die anstaltsinterne Repression gegen engagierte Gefangene, welche lediglich massive Missstände in der Vollzugsplanung aufzeigen wollen, in der JVA Tegel ganz neue Dimensionen an. Wenn die Unterzeichnung einer Petition seitens der Vollzugsbehörde als Akt der Meuterei kriminalisiert wird, können wir uns auch in Etwa vorstellen, wie jede andere Form der Kritik oder des Widerstandes seitens der Gefangenen hier beantwortet wird.

### **Abrisshaus TA II - (Teil-)schließungskampagne**

Wir fassen bis jetzt zusammen: in der JVA Tegel lassen sich korrupte Bedienstete finden, welche sich an der Gefangenenarbeit für einen Hungerlohn privat bereichern. Es findet eindeutig ein rechtswidriger Handel statt: die Klau- und Schmuggelwirtschaft. Die JVA Tegel sucht nach den betroffenen Bediensteten aber gar nicht, im Gegenteil: Mitarbeiter\*innen sollen gedeckt werden. Stattdessen werden Gefangenen repressiv verfolgt, welche sich gegen diese Korruption wehren wollten – wobei die JVA Tegel Maßnahmen einsetzt, welche völlig rechtswidrig sind und deswegen auch vom Berliner Landgericht revidiert werden müssen. Aber selbst bei der kleinsten Form des Widerstands, nämlich bei der Unterzeichnung einer Petition, bekommen die Gefangenen die anstaltsinterne Repression ganz neu zu spüren.

Dass die JVA Tegel also nicht human oder gesetzestreu handelt, ist schon an dieser Stelle nicht mehr zu verleugnen. Allerdings scheint sie sich nicht nur rechtswidrig und unmenschlich zu verhalten; sie IST de facto auch rechtswidrig. Was wir damit meinen?

Im März 2017 wurden uns die nächsten alarmierenden Zustände von Gefangenen aus der Teilanstalt II der JVA Tegel zugetragen:

durch viel zu kleine Hafträume entsteht eine qualvolle Enge und der Geräuschpegel ist durch fehlende Zwischendecken zwischen den Stockwerken beziehungsweise zwischen den Stationen extrem hoch. Mehrere Sicherheitsvorkehrungen werden nicht eingehalten: so zum Beispiel auch der Brandschutz nicht, weil die alten Treppen noch immer aus Holz sind und deswegen im Brandfall verheerende Folgen haben könnten. Auch den Arbeitsschutzvorschriften im Bezug auf zu transportierende Ge-

wichte wird nicht gefolgt, weil keine Fahrstühle vorhanden sind, welche den Transport von schwerem Gut über Stockwerke hin ermöglichen. Was uns unter anderem am Meisten schockiert: auch die Wechselsprechanlagen sind im März 2017 schon seit Wochen defekt, sodass die Gefangenen nicht in angemessener und gegeben falls notwendiger Zeit Hilfe im Haftraum erhalten können. Hinzu kommt eine marode Bausubstanz, defekte Küchen und Duschen, viel zu wenig Telefonanlagen und kosmetische Umbauten, die sich ewig hinziehen.

Neben baulichen und technischen Missständen stellt das größte Problem für die Gefangenen der JVA Tegel allerdings der enorme Personalmangel dar. Vor allem in der Teilanstalt II scheint es an allem zu fehlen: an Schließer\*innen, Fachärzt\*innen, Psychologen, Dolmetscher\*innen und motivierten Mitarbeiter\*innen im Sozialdienst. Weil es grundsätzlich am Personal fehlt, fallen Freizeitangebote weg, Ausgänge und Ausführungen fallen aus, Besuchszeiten verringern sich und die Gefangenen werden teilweise schon ab 17:45 Uhr im Haftraum eingeschlossen. Durch fehlende Fachärzt\*innen bleibt die medizinische Grundversorgung nur mangelhaft und durch fehlende Psychologen und motivierten Mitarbeiter\*innen im Sozialdienst fehlt es ebenfalls an therapeutischen Angeboten.

Für die Gefangenen aber am gravierendsten: Vollzugsplankonferenzen werden durch fehlendes Personal zeitlich verschleppt, woraus für viele Gefangene die verheerende Folge eintritt, dass keine Entlassungsvorbereitung stattfindet.

Eigentlich soll in den Vollzugsplankonferenzen der weitere Werdegang des\*der Gefangenen geplant werden. Hier wird zum Beispiel entschieden, ob Lockerungen genehmigt werden oder ob nach 2/3 der abgesessenen Strafhafte der\*die Gefangene entlassen wird. Solche Entscheidungen können natürlich nicht getroffen werden, wenn die Konferenzen verschleppt werden oder sogar gänzlich ausfallen. Die Leidtragenden sind dann die Gefangenen: solange sie nicht gelockert oder nach 2/3 der abgesessenen Strafhafte entlassen werden, müssen sie weiterhin den Verwahrverschluss aushalten.

Aber selbst wenn in der JVA Tegel Lockerungen unter Aufsicht einer\*eines Vollzugsbediensteten gewährt werden, fehlt es am zuständigen Personal, welches zum Beispiel die Gefangenen bei Ausgängen oder Ausführungen begleitet.

Dass unter diesen Bedingungen das Aggressionspotential unter den Gefangenen steigt, wundert deswegen nicht. Von einer Erfüllung des gesetzlichen Resozialisierungsauftrages kann unter diesen Umständen keine Rede sein. Von menschenwürdigen Haftbedingungen ebenfalls nicht.

Deswegen versuchten wir als Soligruppe Berlin im März 2017 Kontakt zum Justizsenator Dr. Dirk Behrendt aufzunehmen. Wir forderten ihn auf, die miserablen Zustände in der JVA Tegel, vor allem in der Teilanstalt II, endlich wahrzunehmen und dem entsprechend zu reagieren. Nach unzähligen Versuchen, ihn auf irgendeinen Weg zu erreichen, tritt er die alarmierenden Zustände im April 2017 ab: er teilte uns per E-Mail mit, dass die von uns aufgestellten Vorwürfe nicht der Realität in der JVA Tegel entsprechen würden.

Dass Dr. Dirk Behrendt die Zustände in der JVA nicht sofort skandalisieren und vorzugsweise schweigen wird, konnten wir vermuten. Als Justizsenator des Landes Berlin wollte er natürlich nicht zugeben, dass sich Bedienstete einer JVA rechtswidrig verhalten beziehungsweise die gesamten baulichen, technischen und strukturellen Bedingungen der JVA nicht dem geltenden Recht entsprechen.

Denn, das müssen wir an dieser Stelle noch einmal betonen: auf der einen Seite wird in der JVA Tegel eindeutig gegen den ersten Artikel des Grundgesetzes verstoßen, weil die Menschenwürde durch die miserablen baulichen, technischen und strukturellen Zustände nicht geachtet wird. Auf der anderen Seite kann das Ziel des Strafvollzuges, Gefangene wieder in die Gesellschaft zu integrieren, sie also zu resozialisieren, unter den Umständen in der JVA Tegel gar nicht verfolgt werden.

Ein Justizsenator wollte so etwas natürlich nicht zugeben. Wenn ein Knast nicht den gesetzlichen Auftrag (in dem Fall den Auftrag der Resozialisierung) erfüllt und sich nicht einmal an das Grundgesetz hält, dem entsprechend auch nicht mehr zu legitimieren ist, stellt das natürlich die Souveränität des Senators in Frage. Autorität und Ehre müssen aber gewahrt werden.

Und das, erschreckender Weise, anscheinend selbst im Todesfall. So erreichte uns nun die nächste Schock-Nachricht im April 2017: ein 21-jähriger Gefangener aus der Teilanstalt II beging Selbstmord. Er wurde über das gesamte Osterwochenende in seinem Haftraum eingeschlossen. In dem Zeitraum nahm er sich das Leben. Warum er über einen

so langen Zeitraum eingeschlossen wurde?

Auch dazu schweigt der Justizsenator. Sowie über den gesamten Selbstmord. Nicht einmal ein Suizid eines Gefangenen konnte Dr. Dirk Behrendt dazu anhalten, die miserablen Zustände in der JVA Tegel endlich wahrzunehmen und dementsprechend zu reagieren.

Spätestens jetzt war uns klar: es reicht! Es kann nicht sein, dass in diesem Knast, allen voran in der Teilanstalt II, ein Verwahrvollzug wie vor 200 Jahren existiert, über einen Selbstmord geschwiegen und er dadurch einfach hingenommen wird, korrupte Vollzugsbeamt\*innen eine illegale Klau- und Schmuggelwirtschaft organisieren und engagierte Gefangene, welche sich lediglich gegen rechtswidrige Anstaltsverhältnisse wehren wollen, repressiv verfolgt werden. Es kann nicht sein, dass der Justizsenator Dr. Dirk Behrendt durch sein Schweigen über diese gravierenden Missstände die Verhältnisse in der JVA Tegel legitimiert. Es kann nicht sein, dass nicht einmal das Grundgesetz im Knast eingehalten wird! Aus diesem Grund protestierten wir am 20.05.2017, zusammen mit etwa 40 anderen Unterstützer\*innen vor der JVA Tegel!

#### **Wir forderten:**

- vom Justizsenator Dr. Dirk Behrendt, dass er die menschenunwürdigen, verwehrten, ausbeuterischen, korrupten, repressiven und resozialisierungsfeindlichen Zustände in der JVA Tegel endlich wahrnimmt und dagegen vorgeht,
- die sofortige Schließung der TA II,
- die Freilassung von allen Ersatzfreiheits- und Kurzstrafnern aus der JVA Tegel,
- die Ausschöpfung freier Plätze im Offenen Vollzug, damit Tegeler Gefangene, welche für den Offenen Vollzug vorgesehen sind, schnellstmöglich dorthin verlegt werden,
- die konsequente Entlassung nach 2/3 der abgesessenen Strafhaft, um sprichwörtlich Luft in der TA II zu schaffen,
- die Verlegung von Gefangenen auf freiwilliger Basis (!) in Haftanstalten Brandenburgs, um die Kapazitätsauslastung in der JVA Tegel zu verringern,
- humanere Aufschlusszeiten, also weniger Einschluss,
- mehr Freizeitangebote im Knast,
- mehr Besuchsmöglichkeiten, vor allem die Einrichtung von mehreren Langzeitbesuchsräumen, in denen Gefangene über das Wochenende soziale Kontakte mit ihren Familien und Freunden pflegen können,
- Arbeitsplätze, welche die Resozialisierung fördern und
- menschenwürdige Haftbedingungen, nach Anforderungen eines modernen Strafvollzuges!

#### **Und jetzt ? Briefwechsel zwischen der Soligruppe Berlin und den Gefangenen der JVA Tegel.**

Natürlich wollten wir diese Forderungen nicht nur am 20.05.2017 stellen: wir wollen und werden jeden weiteren Tag dafür kämpfen, dass sich in der JVA Tegel etwas ändert: dass der Vollzug der Strafe der Menschenwürde (!nach dem Grundgesetz!) entspricht, dass die korrupte Ausbeutung und anstaltsinterne Repression ein Ende nimmt, dass Gefangene endlich die Möglichkeit haben, den Verwahrvollzug endlich zu verlassen und in den Offenen zu wechseln. Das Konstrukt Knast, allen voran die JVA Tegel, zeigt immer wieder: kein Mensch kann unter Umständen der Korruption, Verwahrung, Repression und Ausbeutung so resozialisiert werden, wie es sich der Staat vorstellt. Dadurch verliert das Konstrukt allerdings an Legitimität und gehört dementsprechend abgeschafft.

Unser Kampf (drinnen wie draußen) ist allerdings nicht leicht und wird vor allem durch die JVA Tegel selbst immer wieder unterbunden. Indem Gefangene klein gehalten werden. Indem jeder kleine Widerstand seitens der Gefangenen mit massiver Repression beantwortet wird. Indem die Hierarchie zwischen Bediensteten und Gefangenen selbst bei der massivsten Korruption seitens der Beamt\*innen aufrecht erhalten wird. Aber auch wir hier draußen werden ständig durch die JVA Tegel in unserer Arbeit behindert.

Dabei ist der Kontakt zwischen drinnen und draußen das Wichtigste, um für die Rechte von Gefangenen zu kämpfen. Als Soligruppe Berlin der GG/BO versuchen wir, jede Form des Widerstandes

der (Berliner-) Gefangenen an die Öffentlichkeit zu tragen. Wir versuchen also, das Sprachrohr der engagierten Gefangenen zu sein. Leider bleibt es oft bei dem Versuch, weil die JVA Tegel sehr genau weiß, wie sie die Widerstandskraft der Gefangenen, aber auch unsere Arbeit hier draußen unterbinden kann. Auf der einen Seite wird Widerstand seitens der Gefangenen unglaublich repressiv beantwortet und dadurch jegliche Motivation, sich gegen den aktuellen Status-Quo zu wehren geringer. Auf der anderen Seite werden unsere Kontaktversuche zu den Gefangenen auf dem postalischen Weg durch die JVA unterbunden. Immer wieder mussten wir als Soligruppe hier draußen erfahren, dass unsere Post an die Gefangenen in der JVA Tegel entweder gar nicht ankommt oder teilweise angehalten wird. Wir wollen uns davon aber nicht aufhalten lassen! Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit den aktiven Gefangenen in der JVA Tegel und werden im Rahmen unserer Kapazitäten nicht nur eine kritische Öffentlichkeit herstellen, sondern für vollzugspolitische Gefangenenrechte eintreten.

Denn uns ist klar: Der öffentliche Druck muss aufrechterhalten bleiben, damit repressive, korrupte und ausbeuterische Verhältnisse nicht nur lückenlos aufgeklärt werden, sondern die anstaltsinternen Schikanen und Drangsalierungen gegen aktive Gefangene ein Ende finden können.

Deswegen werden wir hier draußen weiterhin Seite an Seite mit den Gefangenen kämpfen! Auch wenn die JVA Tegel jeglichen Kontakt zwischen uns und den Inhaftierten versucht zu unterbinden, werden wir hier draußen nicht aufgeben! Das letzte Beispiel hat gezeigt (siehe letzten beiden Pressemitteilungen in diesem Artikel), dass sich die JVA sehr wohl darüber bewusst ist, dass ihr Anhalten und Untersagen des Schriftwechsels zwischen uns und den Gefangenen rechtswidrig ist. Dieses Beispiel hat gezeigt, dass die JVA nicht alles mit uns und den Gefangenen machen kann, was sie will: wenn wir drinnen und draußen zusammen kämpfen, uns solidarisch miteinander zeigen und Seite an Seite zusammenstehen, sind wir nicht durch jede Schikane einzuschüchtern. Um allerdings weiterhin hier draußen gut arbeiten zu können, brauchen wir vor allem eines: Informationen! Über die Missstände in eurer JVA, über repressive Antworten auf euren Widerstand, über jegliche Schikanen seitens der Bediensteten.

Schickt diese Informationen an die zuständigen Soligruppen für die jeweiligen Knäste oder ruft telefonisch direkt durch (Adressen und Telefonnummern auf der letzten Seite aufgeführt)!

Bleibt stark, kämpft gemeinsam und nicht isoliert voneinander, lasst euch nicht fraktionieren und lasst uns zusammen die Mauer, die uns hier draußen von euch trennt überwindern!

Für die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern, damit eure Rechte endlich durchgesetzt werden können!

*Außerdem: Die neuesten Skandale in der JVA Tegel konnten in diesem Artikel aus Platzgründen nicht erwähnt werden. Siehe hierzu Seite 25 bis 28.*



Plakat zur Tegelkampagne „JVA Tegel – Haus II in die Tonne“

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

### „Kriminelle Beamten-Klau-und-Schmuggel-Mafia“ in der JVA Tegel

Berlin, 12.09. 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Tegeler Gefängnis schufteten die Inhaftierten in den Werkbetrieben für einen Hungerlohn: In der Schlosserei stellen sie hochwertige Edelstahlprodukte her; in der Tischlerei Luxusschreibtische und Einbauküchen; in der Polsterei und Sattlerei stechen sich Gefangene die Hände blutig, während sie Couchgarnituren und Bootsmobiliar beziehen; im Bauhof schieben sie Schubkarre für Schubkarre und produzieren Waren, die auch in einem Baumarkt-Gartencenter feilgeboten werden könnten.

Zu den Abnehmer\*innen dieser Waren gehören Berliner Ämter und Behörden – aber auch die Abgeordneten machen es sich in Sesseln bequem, die von Knackis bezogen wurden. Und Senator Heilmann hat seinen Amtsraum von der Gefängnis-Tischlerei aufmöbeln lassen.

Einen erheblichen Teil der Produkte aber lassen die Tegeler Beamt\*innen für sich selbst herstellen: Alles, was sie gebrauchen können oder „draußen“ gut verkaufen können, klauen sie; dabei bedienen sie sich ungeniert des anstaltseigenen Fahrdienstes, der völlig unkontrolliert die Waren den Beamt\*innen frei Haus liefert.

Eingeweihte bezeichnen das Selbstbedienungssystem der Beamt\*innen als „Tegeler Ringtausch“: Der Polstermeister entwendet für die Sanitäterin zwei Matratzen, die ihr vom Fahrdienst nach Hause gebracht werden – dafür erhält der Polsterer eine Tüte Medikamente für sich und seine Vereinskollegen im Sportclub. Der Umfang des Schadens wird Experten zufolge pro Jahr auf einen fünf- bis sechsstelligen Euro-Betrag geschätzt.

Schon vor Jahren sollen einzelne Gefangene diese „Klau- und Schmuggel-Mafia“ angezeigt haben – passiert ist nichts. Auch heute ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Berliner Justiz wegen Strafreiterei: Die JVA Tegel und Justizsenator Thomas Heilmann haben versucht, den Skandal zu vertuschen. Von Beweisvernichtung und Alibi-Ab-sprachen ist die Rede.

Während Gefangene seit Jahrzehnten für einen humanen, sozialstaatlichen und wissensbasierten Strafvollzug kämpfen, gibt die Berliner Justiz mit ihrer „Beamten-Klau-und-Schmuggel-Mafia“ ein wahres Bild des bundesdeutschen Gefängnisalltags ab.

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

### Alarmierende Zustände in der JVA Tegel - GG/BO fordert vom Berliner Justizsenator zügige Schließung der Teilanstalt II

Berlin, 16. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Berichte von Inhaftierten aus der Teilanstalt II (TA II) der JVA Tegel in Berlin sind alarmierend: Suizide und Suizidversuche, qualvolle Enge, hohes Aggressionspotential unter Gefangenen, extremer Geräuschpegel, fehlende therapeutische Angebote, mangelhafte medizinische Grundversorgung, Wegfall von Freizeitangeboten. Dazu kommen eine marode Bausubstanz, defekte Küchen und Duschen, kosmetische Umbauten, die sich ewig hinziehen, Einschluss für Gefangene ab 17.45 h werktags, Verringerung der Besuchszeiten, Ausfall von Ausgängen und Ausführungen.

GG/BO-Sprecher Oliver Rast hierzu: „Verwahrvollzug pur. Knast wie vor 200 Jahren. Von ‚Re-Sozialisierung‘ kann unter diesen Bedingungen keine Rede sein.“ Aufgrund dieser desolaten Haftbedingungen in den JVA Tegel sehen sich Gefangene einer faktischen Haftverschärfung ausgesetzt. Das gleicht einer Doppelbestrafung, die rechtswidrig ist. Aus der Sicht der GG/BO kann durch folgende Maßnahmen nicht nur ad hoc eine Entspannung der Situation im Hafthaus 2 der JVA Tegel erzeugt werden, sondern eine Schließung in Etappen erfolgen:

- Freilassung von Ersatzfreiheits- und Kurzstraf in der JVA Tegel, um freigewordene Haftplätze in anderen Hafthäusern der JVA mit Gefangenen aus der TA II zu belegen.
- Konsequente Entlassung nach 2/3 der abgesessenen Strafhafte, um sprichwörtlich Luft in der TA II zu schaffen.
- Ausschöpfung freier Plätze im Offenen Vollzug, damit Tegeler Gefangene, die für den Offenen

Vollzug vorgesehen sind, schnellstmöglich dort hin verlegt werden.

- Wiedereröffnung eines Flügels in der geschlossenen TA III, um hierüber eine kurzfristige Verbesserung der Lage in der TA II zu ermöglichen.
- Verlegung von Inhaftierten auf freiwilliger Basis (!) in Haftanstalten Brandenburgs, um die Kapazitätsauslastung in der JVA Tegel zu verringern.
- Schließung der TA II binnen des Jahres.

Eine Schließung der TA II der JVA Tegel liegt ganz auf der Linie des von der grünen Abgeordnetenhausfraktion initiierten „Aufrufs für ein liberales und progressives Strafvollzugsgesetz in Berlin“ (<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/sites/default/files/20160108-Aufruf%20f%C3%BCr%20ein%20liberales%20Strafvollzugsgesetz.pdf>), den die GG/BO, die Humanistische Union und der Arbeitskreis Strafvollzug unterzeichnet haben. „Vor diesem Hintergrund appellieren wir als GG/BO an den grünen Berliner Justizsenator Dirk Behrendt, eine Schließung des Hafthauses in die Wege zu leiten. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Es geht um 300 inhaftierte Menschen, die regelrecht vegetieren“, so Rast.

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

**Inhaftierte der JVA Tegel erheben Vorwürfe gegen den Stations-Gruppenleiter der TA V – Anstaltsleitung reagiert repressiv und fabuliert von „Meuterei“**

*Berlin – Wien, 22. März 2017*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von 18 Gefangenen einer Station im Hafthaus V für Langzeitstrafer unterzeichnete Petition richtet sich explizit gegen die vollzugsbehördliche Tätigkeit des Gruppenleiters R., der als Sozialarbeiter auf der Station wirkt. Zu den Unterzeichnern zählen mehrere GG/BO-Aktivist:innen.

Darin wenden sich die Gefangenen gegen „inhaltsleere Vorhaltungen, gefühlskalte Überheblichkeit und unsubstantiierte Beleidigungen, die mit notorischer Unwahrheit auch verschriftet werden.“ U.a. heißt es in dem Schreiben weiter: „Damit hintertreibt unser Gruppenleiter täglich, fortgesetzt und hochgradig den gesetzlichen Auftrag der Resozialisierung und Rückfallvermeidung [...]“. Zudem „versichern“ die Unterzeichnenden „an Eides statt, dass auch etliche Stationsbedienstete Herrn R. als unredlichen und nicht gesetzestreuem ‚Punisher‘ bezeichnen.“

Die Reaktion der Leitung der Teilanstalt erfolgte prompt: einer der Haupt-Initiatoren, Hauke Burmeister, wurde seitens der Vollzugsbehörde der „Meuterei“ bezichtigt und in ein anderes Hafthaus zwangsverlegt. Ihm droht eine Abschiebung in eine Haftanstalt eines anderen Bundeslandes.

„Die anstaltsinterne Repression gegen engagierte Inhaftierte in der JVA Tegel, die massive Mißstände in der Vollzugsplanung aufzeigen, nimmt unseren Informationen zufolge eine neue Dimension an“, so GG/BO-Sprecher Oliver Rast. „Es ist aus der Sicht der GG/BO ein völlig unhaltbarer Zustand, wenn Petitionen von Gefangenen seitens der Vollzugsbehörde völlig willkürlich als ‚Akt der Meuterei‘ kriminalisiert werden“, betont Rast. Die GG/BO solidarisiert sich ausdrücklich mit den

aktiven Gefangenen in der JVA Tegel und wird im Rahmen ihrer Kapazitäten nicht nur eine kritische Öffentlichkeit herstellen, sondern für vollzugspolitische Gefangenenrechte verstärkt eintreten.

Abschließend bemerkt Rast: „Inhaftierte und wir als GG/BO erwarten von Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne), dass er die Initiatoren zu den erhobenen Vorwürfen anhört und gegen das schikanöse Verhalten in seiner Vollzugsbehörde Stellung bezieht.“

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

### Zurückhaltung der GG-Post in der JVA Tegel!

Berlin, 09.05. 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 23.4.2017 schickte die GG/BO 85 Briefe mit Pressemitteilungen und Mitgliedsanträgen in die JVA Tegel. Zwei Wochen lang erhielten wir keinerlei Reaktion von den Inhaftierten, bis wir über den Buschfunk erfuhren, dass die Briefe angehalten worden sind.

Am 8.5. versuchten wir die JVA Tegel sowohl telefonisch, als auch per Mail zu kontaktieren, um in Erfahrung zu bringen, was mit unseren Briefen passiert ist. Auch nachdem wir mit sieben verschiedenen Anlaufstellen telefonierten, sind wir keinen Schritt weiter. Niemand kann sich erinnern, keiner fühlt sich zuständig. Offensichtlich erhält die JVA regelmäßig 85 braune, gestempelte GG/BO-Briefe. Nur acht Stunden später erhalten die Gefangenen plötzlich die Info, weshalb die Briefe angehalten wurden. Die Pressemitteilung vom 22.03 diffamierte, laut der Anstaltsleitung, sowohl den Gruppenleiter R., als auch die Leitung der Teilanstalt V.

Diese Haltung finden wir aus verschiedenen Gründen mehr als befremdlich.

*1. Sehen wir nach §38 Abs. 1 StVollzG Bln keinen Grund, weshalb die Schreiben angehalten werden sollten.*

*2. Den Gefangenen wurde nicht mitgeteilt, dass die Schreiben angehalten worden sind, was nach §38 Abs. 3 Satz 3 StVollzG Bln rechtswidrig ist. Erst nach dem beherzten Eingreifen der GG/BO kam es zu dieser Stellungnahme der JVA.*

*3. Dass die Anstaltsleitung eine Pressemitteilung zurückhält, in der von einer Petition der*

*Gefangenen berichtet wird, die sie zur Wahrung ihrer Grundrechte und Verbesserung ihrer Lebensrealität aufgesetzt haben, ist ein Unding. Aber wir lassen uns durch die Schikanen der JVA Tegel nicht beeindrucken und kämpfen auch weiterhin für die Rechte der Inhaftierten! Für die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!*

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

### Hat die JVA Tegel Angst vor der Justiz?

Berlin, 07.09. 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 23.4.2017 schickte die Soligruppe Berlin der GG/BO 85 Rundschreiben, angehängen zwei Pressemitteilungen, an die gefangenen Gewerkschaftler in die JVA Tegel. In der Pressemitteilung vom 09.05.2017 musste die Gruppe daraufhin mitteilen, dass die Rundschreiben an die Gefangenen angehalten worden sind. Dazu Martina Franke aus der Soligruppe Berlin: „Wir haben damals keinen Grund für ein Anhalten der Rundschreiben gesehen. Die JVA schrieb uns, die beigefügte Pressemitteilung vom 22.03.2017 enthalte >grob unrichtige oder erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen<. In dieser teilten wir allerdings nur mit, dass Gefangene in der JVA Tegel eine Petition unterzeichneten und die JVA diese mit einer Zwangsverlegung und einem Meuterei-Vorwurf beantwortete. Dass waren keine grob unrichtigen oder erheblich entstellende Darstellungen der Anstalt, sondern war und ist leider die repressive Realität in der JVA Tegel.“ Scheint, dass die Anstalt das nun auch selbst einsieht. Am 12.05.17 stellte Mehmet Aykol, Rechtssekretär der GG/BO, Gefangener in der JVA Tegel und ebenfalls Betroffener der angehaltenen Rundschreiben einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach §109 StVollzG. Er verlangte, dass die Rundschreiben mitsamt den beigefügten Pressemitteilungen an ihn ausgehändigt werden. Zu der gerichtlichen Entscheidung musste es dann aber gar nicht erst kommen. Nachdem Mehmet Aykol den Antrag stellte, ruderte die JVA Tegel schnell zurück und händigte dem Gefangenen das Rundschreiben samt Pressemitteilungen aus.

Hat die JVA Tegel Angst vor der Justiz?

„Das würde mich nicht wundern“, so Martina Franke. „In dieser JVA läuft einiges schief und absolut nicht rechtmäßig. Das fängt bei der Klau- und

Schmuggelwirtschaft seitens der Bediensteten an. Die Beamt\*innen klauen Produkte, die die Gefangenen unter dem Sozial- und Lohndumping produziert haben. Das ist Ausbeutung auf einem ganz neuen Niveau. Weiter geht es mit Meuterei-Vorwürfen, wenn Gefangene eine Petition unterzeichnen. Anstaltsinterne Repression nimmt also auch ganz neue Dimensionen an. Und zu guter Letzt sind nicht einmal die Teilanstalten intakt. In der TA II können wir definitiv von einer Verwahrlosung der Gefangenen sprechen. Überall fehlt es an Personal, was zu einer mangelnden medizinischen Grundversorgung, fehlenden Freizeit- und Therapieangeboten, ausfallenden Vollzugsplankonferenzen, zu wenig Aufschluss, Verringerung der Besuchszeiten und Ausfall von Ausgängen und Ausführungen führt. Von sogenannter Resozialisierung kann unter diesen Bedingungen keine Rede sein.“

Die JVA Tegel lieferte in der letzten Zeit immer wieder Stoff für handfeste Skandale, etwas ändern tut sich aber nicht wirklich. „Dass dem Kollegen Aykol das Rundschreiben nun ausgehändigt worden ist, freut uns natürlich. Wir haben immer wieder Probleme mit Schriftverkehr zu Gefangenen dieser Anstalt. Aber in der JVA Tegel muss mehr getan werden, als das. Wir fordern Justizsenator Dirk Behrendt nochmals auf, die massiven Missstände in der JVA endlich wahrzunehmen und entsprechend zu reagieren!“, so Franke.

---

>> Auf den Seiten 14 bis 19 berichtet die Soligruppe Berlin von den desolaten Zuständen in der JVA Tegel. Nachfolgend noch weitere Skandale, welche die Soligruppe Berlin erst vor Kurzem erreichten. <<

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

### Verbot einer unzensierten Gefangenenzeitung in der JVA Tegel!

Berlin, 17.10.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Berliner Soligruppe der GG/BO erreichte mal wieder ein neuer Skandal aus der JVA Tegel: Die Zensur und das Verbot einer freien Gefangenenzeitung!

Die Zeitung „Multi-Kulti-Dialog“ sollte sich vor allem mit den Themen beschäftigen, welche migran-tische und ausländische Gefangene ansprechen. So etwas gibt es bis jetzt in der JVA Tegel noch nicht. Genauso wenig wie eine Zeitung, welche unzensiert von Gefangenen geschrieben und ver-öffentlicht werden darf. Die „Multi-Kulti-Dialog“ als freie Zeitung, von Gefangenen, für Gefangene, sollte unter anderem herausgegeben werden von Mehmet Aykol, unserem Rechtsekretär und außer-dem Sprecher der Gefangeneninteressenvertretung (GIV). Weil auch für Gefangene Grundrechte gelten müssen, sollte die Veröffentlichung der Zeitung in der anstaltsinternen Bibliothek der JVA Tegel nach Art. 5 GG (Pressefreiheit) eigentlich kein Problem sein. Eigentlich. Denn die JVA Tegel spricht den Gefangenen dieses Grundrecht eindeutig ab. Zwar erkennt die JVA, dass in der Bücherei „den Insas-sen verschiedenste Medien zur Verfügung“ gestellt werden sollen, um „dem Einzelnen Zugang zu einer großen Vielfalt an Wissen, Ideen und Meinungen“ zu verschaffen. Die „Multi-Kulti-Dialog“ soll aber nicht zu dieser „Vielfalt“ gehören: mit der Begrün-dung, dass die Inhalte und Themen dieser Zeitung nicht den Bedürfnissen einer Gefangenenmehrheit entsprechen würden.

Das finden wir absurd: die Bücherei der Gefange-nen soll mit verschiedensten, vielfältigen Medien ausgestattet werden, gleichzeitig muss sie den Be-dürfnissen einer Gefangenenmehrheit entsprechen? Paradoxe Argumentation! Noch paradoxer wird es aber nachfolgend: obwohl die Gefangenenbücherei vielfältig aufgebaut werden soll, muss sie gleich-

zeitig, so die JVA Tegel, „frei von jeglicher ideologi-scher, politischer, religiöser oder kommerzieller Be-einflussung“ sein. Diese >Argumentation< der JVA Tegel ist mehr als nur widersprüchlich.

Sie entspricht weder dem Resozialisierungsprinzip, nach dem das Leben im Knast den Verhältnissen draußen angeglichen werden soll, noch der Mei-nungs- und Pressefreiheit nach dem Grundgesetz. Gefangenen werden also, mal wieder, Grundrechte abgesprochen und die Erreichung des Vollzugsziels durch die JVA behindert! Vor allem aber impliziert die Stellungnahme der JVA Tegel auch, dass Gefan-gene sich nicht mit Politik beschäftigen sollen: weder mit der draußen, noch mit ihrer eigenen politischen Situation als Gefangene! Für die Gewerkschaft ist die politische Arbeit der Gefangenen aber substanziell: Gefangene organisieren sich gegen das ausbeuteri-sche, korrupte und repressive System >Knast< mit dem Ziel, herrschende politische Kräfteverhältnisse verschieben zu können.

Ein Verbot der JVA Tegel von politisch beeinflussten Medien betrifft uns deswegen maßgebend!

Gefangene scheinen für die Anstalt keine politischen Subjekte sein zu dürfen. Vielmehr sollen sie ihre Zeit im Knast absitzen, sich nicht mit dem Leben und den Verhältnissen draußen beschäftigen und politisch meinungs- und damit auch handlungsunfähig ge-macht werden.

Die gefangenen Gewerkschaftler der JVA Tegel und die Soligruppe Berlin der GG/BO sprechen sich aber weiterhin klar gegen Verwahrvollzug, anstaltsinterner Repression, Ausbeutung und das generelle Konstrukt von Knast aus!

Wir lassen uns unsere Meinung und den Mund nicht verbieten und fordern die JVA Tegel und den Justizsenator Dirk Behrendt auf, die „Multi-Kul-ti-Dialog“ zuzulassen!

## Ein Bericht von Mehmet S. Aykol, Rechtssekretär und GG-Sprecher der JVA Tegel über seine Lockerungsverweigerungen seitens der JVA aufgrund seiner Gewerkschaftsaktivität

**Sicher wisst ihr um die aus Funk und Fernsehen bekannt gewordenen Machenschaften der JVA Tegel: sie lügen und betrügen, sie stehlen und unterschlagen, sie brechen und zerstören**

Erst vor wenigen Monaten berichteten die bundesdeutschen Medien nicht nur von der Klau- und Schmuggelnetzwerk der Tegeler Beamten, sondern auch von üblen Rechtsverdrehungen, Prozessmanipulationen, Nötigungen und Beschädigung, an der sich vor Allem die Leitung der JVA Tegel beteiligte.

Ihr wisst aber vielleicht auch noch nicht, dass selbst die Aufsichtsbehörde und der grüne Justizsenator Dr. Dirk Behrendt nicht nur weg schauen, sondern wider besseren Wissens und trotz erdrückender Beweislast behaupteten, dass in der JVA Tegel alles in bester Ordnung sei.

Mitnichten ist dem so, wie exemplarisch die folgende Schilderung dem Leser nahe bringt:

Es geschah vor einiger Zeit, dass Fachdienste über einen Inhaftierten eine positive Stellungnahme abgaben. Diese führte zu einem selbst bindenden Bescheid der JVA Tegel: Der Gefangene solle in einen Lockerungsprozess eintreten.

### **So weit, so gut.**

Was tat aber der Gefangene: Er gründete zusammen mit Anderen die Gefangenen-Gewerkschaft (GG/BO). Das passte der JVA Tegel natürlich gar nicht und es folgten Repressalien. Dem Gefangenen wurden die Ausbildung (Fernstudium) gestrichen und er wurde zukünftig während der Arbeitszeit eingeschlossen, auf das ihm Erleuchtung käme und er von seinem Gewerkschaftstun abkomme.

Dass Gefangene studieren und sich politisch engagieren, wollte die Leitung JVA Tegel nun wirklich nicht. Sie informierte den Gefangenen darüber, dass er die Zeit zurückdrehen solle, auf einen Zeitpunkt vor der Gewerkschaftsgründung, dann werde er seine Lockerungen bekommen. Der Inhaftierte lehnte dies ab: Die Zeitmaschine sei

noch nicht erfunden und er sähe sich nicht in der Lage, die Zeit zurück zu drehen.

Für diese Frechheit bekam er prompt die Retourkutsche der JVA: Nix Lockerungen.

### **So weit, so schlecht.**

So unglaublich aber die Begründung: der Fachdienst, welcher den Inhaftierten positiv einschätzte, habe den Inhaftierten umfänglich erneut untersucht und wäre nun zum gegenteiligen Ergebnis gekommen.

Eigentlich geschickt eingefädelt: Gegen eine negative fachdienstliche Stellungnahme vorzugehen, kann fast nicht gelingen. In ihrer Überheblichkeit vergaßen jedoch die Leiter der JVA, den Inhaftierten erneut begutachten zu lassen.

Der Inhaftierte wandte sich mit diesem dicken Hund an das Berliner Landgericht und dieses stellte fest, dass es nicht mal Anhaltspunkte dafür gäbe, dass der Gefangene erneut begutachtet worden sei, wie es die JVA behauptete. Deshalb sei die erfundene Begutachtung obsolet und der Inhaftierte in den Lockerungsprozess zu überführen, was bis heute nicht geschah.

*(Federführend bei dieser Horrorgeschichte sind übrigens der Sozialarbeiter R., gegen den eine Vielzahl von Beschwerden und Verfahren anhängig sind und der Anstaltsleiter R., der die vielzähligen Selbstmorde in der JVA Tegel zu verantworten hat.)*

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

**JVA Tegel verweigert dem GG-Sprecher und Rechtssekretär Mehmet Aykol Lockerungen aufgrund seiner GG/BO Aktivität – Landgericht widerspricht!**

Berlin, 02.11.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

unserem Rechtssekretär und GG-Sprecher der JVA Tegel Mehmet Aykol werden seit Mai 2014 aufgrund seines gewerkschaftlichen Engagements Lockerungen (unbegleiteter Ausgang) von der JVA Tegel verweigert. Repression aufgrund gewerkschaftlicher Aktivität im Knast ist für uns leider nichts Neues. Nun musste aber das Landgericht feststellen, dass es für diese Verweigerung keine Begründung gibt – ein Erfolg für Mehmet Aykol und die GG/BO! Denn: gewerkschaftliches Engagement sollte im Knast nicht bestraft, sondern gefördert werden! Deswegen fordern wir jeden Knast dazu auf, die anhaltende Repression gegenüber engagierten Gefangenen endlich zu beenden und Gewerkschafts-Arbeit in den Knästen zu fördern. Für die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!

Mehmet Aykol hierzu über sich und die JVA Tegel: *Es geschah vor einiger Zeit, dass Fachdienste über einen Inhaftierten [Mehmet Aykol] eine positive Stellungnahme abgaben: Der Gefangene solle in den Lockerungsprozess eintreten. So weit, so gut. Was aber tat der so undankbare Gefangene: Er gründete zusammen mit anderen die GG/BO. Das passte der JVA Tegel natürlich gar nicht und flux folgten Repressalien: dem Gefangenen wurde das Fernstudium gestrichen und er wurde zukünftig während der Arbeitszeit in seinem Haftraum eingeschlossen, auf dass ihm Erleuchtung käme und er von seiner gewerkschaftlichen Aktivität abkomme.*

*Dass Gefangene studieren und sich politisch engagieren – das wollte die Leitung der JVA Tegel nun wirklich nicht. Sie informierte den Gefangenen darüber, dass er die Zeit zurückdrehen solle, auf einen*

*Zeitpunkt vor der GG/BO Gründung – dann werde er seine Lockerungen bekommen. Der Inhaftierte lehnte dies ab – die Zeitmaschine sei noch nicht erfunden und er sähe sich nicht in der Lage, die Zeit zurückzudrehen.*

*Für diese Frechheit bekam er prompt die Retourkutsche der JVA: Nix Lockerung. So weit, so schlecht. So unglaublich aber die Begründung: der Fachdienst, der den Inhaftierten positiv eingeschätzt hatte, habe dem Inhaftierten umfänglich erneut untersucht und wäre nun zu einem anderen gegenteiligen Ergebnis gekommen. Eigentlich geschickt eingefädelt: gegen eine negative fachdienstliche Stellungnahme vorzugehen, kann fast nicht gelingen. In ihrer Überheblichkeit aber vergaßen die Leiter der JVA, den Inhaftierten tatsächlich erneut zu begutachten.*

*Deswegen wandte sich der Inhaftierte an das Landgericht und dieses stellte prompt fest, dass es nicht einmal Anhaltspunkte dafür gäbe, warum der Gefangene überhaupt noch einmal begutachtet worden sei. Die (erfundene) Begutachtung sei also eh obsolet und der Inhaftierte in den Lockerungsprozess zu überführen. Federführend hierbei waren übrigens der Sozialarbeiter R. [seine anstaltsinterne Tätigkeit haben wir in der PM vom 22.03.17 skandalisiert!] und der Anstaltsleiter S., welcher vielzählige Suizide in Tegel zu verantworten hat.*

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin seit der Klau- und Schmuggelwirtschaft

**Wieder gewinnt ein Gefangener vorm Landgericht: JVA Tegel handelt rechtswidrig!**

*Berlin, 13.11.2017*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal erreichte uns von Gefangenen die Nachricht: die JVA Tegel verweigert systematisch Vollzugsplankonferenzen und handelt somit völlig gegen geltendes Recht!

Die Vollzugsplankonferenzen müssen nach § 9 Abs. 5 StVollzG Berlin durchgeführt werden, um den weiteren Vollzugs- und Eingliederungsplan nach §9 Abs. 1 StVollzG Berlin zu erstellen und dementsprechend den weiteren Verlauf des\*der Gefangenen zu planen.

Wann kann der\*die Gefangene gelockert, wann in den offenen Vollzug und wann freigelassen werden? – Mit all diesen Fragen sollten sich die Vollzugsplankonferenzen auseinandersetzen. In der JVA Tegel können solche Fragen aber nicht beantwortet werden, weil die entsprechenden Konferenzen gar nicht stattfinden! Gefangene werden eingesperrt und verwahrt: von Resozialisierung kann unter diesem Umstand natürlich keine Rede sein.

Anfang September reichte deswegen der engagierte Gefangene W. im Namen von ca. 60 Gefangenen nahezu gleich lautende Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach §109 StVollzG beim Berliner Landgericht ein. Der Gefangene W. ist seit Juli 2016 in der JVA Tegel inhaftiert, seitdem wurde nicht eine Vollzugsplankonferenz abgehalten, ein Vollzugs- oder Eingliederungsplan wurde ebenfalls nicht erstellt! Dass dieses Verhalten der JVA Tegel nach § 9 StVollzG Berlin völlig rechtswidrig ist, musste nun auch das Berliner Landgericht feststellen: es ordnete an, innerhalb von zwei Wochen eine Vollzugsplankonferenz für den Gefangenen W. durchzuführen.

„Dass Gefangene immer wieder für ihr geltendes Recht mühselig kämpfen müssen, zeigt die desolaten Zustände in den Knästen der BRD auf. Vor allem in der JVA Tegel wird ständig rechtswidrig und zum Nachteil der Gefangenen gehandelt, beziehungsweise nicht gehandelt. Das ist aber nicht Sinn und Zweck von Knast. Knast soll resozialisieren, nicht wegsperren und verwahren.

Wenn aber die JVA Tegel der Meinung ist, dass der Weg zur Resozialisierung, und da gehören die Vollzugsplankonferenzen nun einmal dazu, nicht eingehalten werden muss, sehen wir auch keine Legitimation mehr für die Existenz dieser Anstalt.“, so Martina Franke, Sprecherin der Soligruppe Berlin der GG/BO.

Aus diesem Grund fordert die Gefangenen-Gewerkschaft „die radikale Schließung von Knästen“. Franke hierzu: „Das Konzept der Resozialisierung halten wir derzeit nur im offenen Vollzug für möglich. Aber vor allem können hier die (Grund-)rechte von Gefangenen besser gewahrt werden – denn die sollten ja schließlich in einem Sozialstaat mit Gleichheitsgrundsatz auch für Inhaftierte gelten.“

## Pressemitteilungen der Soligruppe Berlin über die Zustände in Mecklenburg-Vorpommern

### GMV - Insassenvertretungen in Mecklenburg-Vorpommern fordern Stellungnahme von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Berlin, 23.11.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GMV- Insassenvertretungen der JVA Bützow und der JVA Stralsund fordern höhere Löhne für Gefangene in Mecklenburg-Vorpommern. Vor kurzem setzen sie deswegen ein Schreiben an Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf.

Im September 2017 sprach die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig von einer Steigerung des Lohnniveaus und mehr tarifgebundenen Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern: anscheinend aber nur für die Menschen draußen. Über die Billiglohninsel Knast und dem damit einhergehenden Hungerlohn für Gefangene wurde nicht geredet: leider kein Meck-Pomm spezifisches Problem.

Während nun also die Löhne in Mecklenburg-Vorpommern für die arbeitende Bevölkerung draußen steigen, sollen die der Gefangenen gleich bleiben? Nein, schlimmer noch !

Seit dem 01.01.2017 ist der Lohn in Mecklenburg-Vorpommern für gefangene Arbeiter\*innen massiv eingebrochen! „Wir Inhaftierten erfahren seit Januar 2017 22% Lohnverzicht und sie sprechen von Lohnniveau und Verbesserungen? Die Landesbediensteten erhalten nun mehr Geld, die Abgeordneten erhalten mehr Diäten, das Land hat sich damit hervorgehoben, seine Einnahmen von 2015 gesteigert zu haben, doch weshalb gelingt es nicht, die Inhaftierten normalisiert zu entlohnen?“ (Auszug aus dem Schreiben der GMV-Insassenvertretungen aus Bützow und Stralsund). Draußen Löhne anheben, drinnen dafür senken? Nicht mit uns!

Die Gefangenen aus Mecklenburg-Vorpommern erfahren von uns volle Unterstützung in ihrem Kampf um eine höhere Lohnvergütung. Wir werden es nicht hinnehmen, dass Belange von Gefangenen ständig unter den Tisch gekehrt und sozialpolitische Mindeststandards hinter Gittern einfach verworfen werden.

Wir kämpfen weiterhin gemeinsam mit den gefangenen Gewerkschaftlern: für Mindestlohn, Einbezug in die Rentenversicherung und die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern!

*Wir müssen darüber diskutieren, wie wir uns gegenseitig stärken und unterstützen können, um dem Ziel der Gewerkschaftsfreiheit drinnen wie draußen näher zu kommen.*

# Die Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern durchsetzen!

## Konkrete Schritte zur Umsetzung eines großen Ziels Von der Solidaritätsgruppe Jena der Gefangenen-Gewerkschaft

Als eine der Kernforderungen der Gefangenen-Gewerkschaft wurde im Mai 2014 die Durchsetzung der Gewerkschaftsfreiheit formuliert. In den letzten drei Jahren haben verschiedene inhaftierte Mitglieder wie auch Unterstützer\*innen aus den Soligruppen verschiedene Schritte unternommen, um gegen das Union Busting und die Repression vorzugehen. Im Folgenden will ich aufzeigen, wie wir in den nächsten Monaten Schritt für Schritt die Freiheit durchsetzen können, uns diesseits und jenseits der Knastmauern gewerkschaftlich zu organisieren.

### Freier Postverkehr

Die Strafvollzugsgesetze mit ihren Gummiparagrafen<sup>3</sup> lassen den Anstalten weitreichenden Spielraum im Umgang mit dem Postverkehr. Oft werden Briefe einbehalten – sowohl zwischen einzelnen Gefangenen wie auch mit den Leuten draußen. In vielen Fällen ist das Vorgehen der Anstalten aber nicht einmal mehr durch das Gesetz gedeckt. An diesen Punkten können wir über „Anträge auf gerichtliche Entscheidung“ nach § 109 StVollzG eingreifen. Zwar dauert die gerichtliche Überprüfung der Maßnahme im Einzelfall ca. ein halbes Jahr oder mehr. Wenn sich diese Praxis aber verallgemeinert und wir bei jedem unrechtmäßig angehaltenen Brief einen 109er stellen, vergrößert sich der bürokratische und finanzielle Aufwand für die Anstalt, was dazu führen wird, dass sie ihre Postzensur zurückfährt. Das tun Gefangene bereits seit Jahren. Mitterweile stellen auch die Solidaritätsgruppen von draußen 109er. Das ist möglich, da sie durch die Maßnahme, das Einbehalten des Briefs, mitbetroffen sind. Die Soligruppe Jena hat z.B. im Februar 2017 einen 109er gegen das Einbehalten eines Briefs an einen Häftling der JSA Arnstadt gestellt und im August 2017 Recht bekommen. Der Brief musste weitergeleitet werden. Das hat den Vorteil, dass die inhaftierten Mitglieder nicht das ganze finanzielle Risiko eines verlorenen Antrags tragen, sondern dass wir dieses unter inhaftierten und „freien“ Mitgliedern

aufteilen. Dazu ist es aber angesichts der Zweiwochenfrist für 109er unabdingbar, dass die Gefangenen uns draußen so schnell wie möglich benachrichtigen, sollte ein Brief angehalten werden.

### Mitgliederrundbriefe

Neben dem individuellen Postverkehr, haben mehrere Soligruppen, darunter Jena und Köln, gefangenen-gewerkschaftliche Mitgliederrundbriefe gestartet. Diese gehen alle zwei oder drei Monate an alle inhaftierten Mitglieder der Region und enthalten Informationen von draußen, die Pressemitteilungen der Soligruppen, aber auch Beiträge von Gefangenen. Gerade über eigene Beiträge und Briefauschnitte von drinnen haben die regionalen Rundbriefe das Potenzial, zu einer Austauschplattform der inhaftierten Gewerkschafter\*innen zu werden. Diese Art freien Austauschs ist die Grundlage gemeinsamer Organisation. Kein Wunder, dass es auch bei den Rundbriefen immer wieder zu Problemen mit den Anstalten kommt. Hier ist ähnlich vorzugehen wie bei den individuellen Briefen.

### Mitgliederversammlungen

Ein drittes Element freier gewerkschaftlicher Organisation und mittlerweile zentrale Forderung der GG/BO sind die Mitgliederversammlungen. Auch wenn die Anstalten so tun, als sei dies undenkbar, zeigen zahlreiche Beispiele, dass Mitgliederversammlungen nicht nur möglich sind, sondern es immer wieder Versammlungen von Gefangenen gegeben hat und gibt. In der JVA Straubing haben sich Ende der 80er Jahre mehrere Gefangene in der noch sehr bewegungsnahen Partei „Die Grünen“ organisiert und konnten so Parteiversammlungen abhalten. In zahlreichen JVAs finden regelmäßig Redaktionstreffen für Zeitschriftenprojekte statt. Und im März 2017, zwei Wochen nach unserer Frauenkampftagsdemo zur Frauen-JVA Chemnitz, erlaubte die Anstaltsleitung den inhaftierten Gewerkschafterinnen der JVA Chemnitz Mitgliederversamm-

lungen. Seitdem finden in Chemnitz regelmäßig Treffen statt. In den JVA Zeithain und Tonna haben entsprechend monatelange Verhandlungen mit der Anstaltsleitung um die Genehmigung von Mitgliederversammlungen stattgefunden. Da diese zu keinem Ergebnis geführt haben, hat der GG-Sprecher der JVA Zeithain Manuel Matzke im Juni 2017 gemeinsam mit der Leipziger Soligruppe eine Petition in den Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags eingereicht. Diese wurde von Hunderten von Gefangenen und Menschen draußen unterschrieben, darunter auch von ca. 100 Häftlingen der JVA Tonna. Eine ähnliche Petition wurde im November 2017 für die JVA Tonna gestartet.

### **Kundgebungen drinnen und draußen**

Viertens gehört auch die ungestörte Durchführung von Solidaritätskundgebungen und -demonstrationen vor und in den JVAs zu den mittelfristig durchsetzbaren Elementen der Gewerkschaftsfreiheit. Kundgebungen von draußen können zwar legal stattfinden, werden aber von den Behörden und der Polizei immer wieder eingeschüchtert oder angegriffen. Politische Kundgebungen in den JVAs werden als Meuterei ausgelegt und unterdrückt. Die Beteiligten müssen im

Anschluss mit massiver Repression rechnen. In beiden Fällen gilt es zum einen, mehr Menschen zu überzeugen, an den Aktionen teilzunehmen, und zum anderen die gesellschaftliche Solidarität zu vergrößern.

Der freie Postverkehr, die Mitgliederrundbriefe, die Mitgliederversammlungen und Kundgebungen sind nur vier erste Schritte. Weitere Stationen zur Durchsetzung der Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern wären (1) die Teilnahme von Mitgliedern der Soligruppen an den Mitgliederversammlungen in den JVAs (was ja bei Zeitschriftenprojekten, Theatergruppen etc. auch möglich ist), (2) gemeinsame gewerkschaftliche Workshops der Soligruppen mit den Mitgliedern drinnen zu Themen wie Arbeits- und Strafvollzugsrecht, Arbeitsschutz, Selbstorganisation usw., (3) die Anerkennung der Gefangenen als Arbeitnehmer\*innen im rechtlichen Sinne und damit die Möglichkeit, um die eigenen Arbeitsverhältnisse zu streiten und zu streiken.

### **Weitere Schritte**

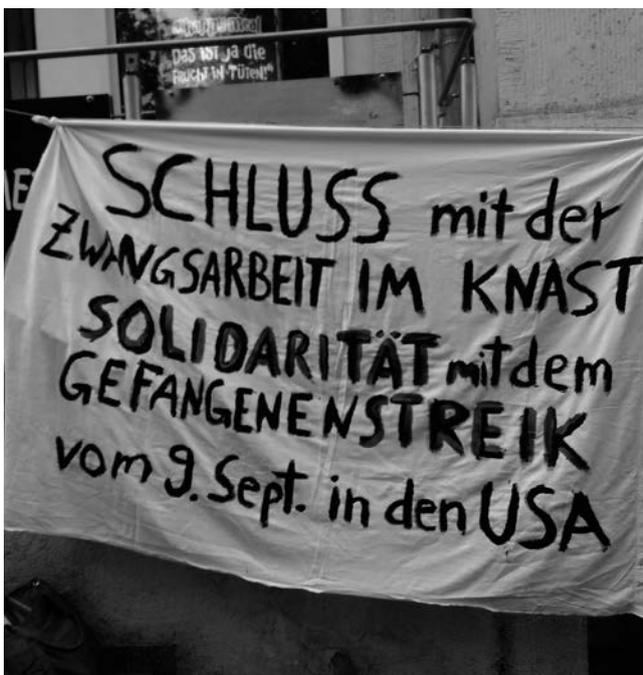
Neben den 109ern stehen den Gefangenen und teils auch den Soligruppen weitere institutionelle Mittel zur Durchsetzung ihrer Rechte und damit auch der



Gewerkschaftsfreiheit zur Verfügung: Beschwerden und Dienstaufsichtsbeschwerden, Eilanträge auf einstweilige Anordnung, Verfassungsbeschwerde, die Anstaltsbeiräte können eingeschaltet werden, der Petitionsausschuss kann kontaktiert werden, die Gefangenen-Mitverantwortung (GMV) kann zur Unterstützung aufgefordert werden. Diese Mittel haben aber eine begrenzte Wirkung, weswegen wir als GG/BO unbedingt mehr Gefangene für unsere Forderungen und unsere Organisation begeistern, politischen Druck und eine breite Öffentlichkeit aufbauen müssen. Wenn wir die gesellschaftlichen Meinungen und Verhältnisse ändern, ändert sich auch die Praxis der JVA's und ändert sich auch das Gesetz.

Auf diesem Weg können wir als GG/BO nicht alleine gehen. Wir brauchen definitiv Unterstützung. Diese wurde in mehreren Fällen bereits von der linken Antirepressions-Organisation Rote Hilfe, von der anarchistischen Basisgewerkschaft FAU und von gefangenensolidarischen Gruppen wie dem Anti-Knast-Projekt Köln, der Berliner Gruppe Free Mumia, dem Netzwerk Political Prisoners angeboten und geleistet. Auch Parteien haben erklärt, die Forderungen der GG/BO zu unterstützen, den Worten aber selten Taten folgen lassen, während es von

Basismitgliedern der DGB-Gewerkschaften zwar Sympathiebekundungen gab, die DGB-Führung sich aber mehrfach deutlich auf Seiten der Polizei und JVA-Beamt\*innen positioniert hat. Als inhaftierte wie „freie“ Gefangenen-Gewerkschafter\*innen sollten wir zu möglichst vielen anderen selbstorganisierten Gruppen und Basisgewerkschaften Kontakt aufnehmen und darüber diskutieren, wie wir uns gegenseitig stärken und unterstützen können, um dem Ziel der Gewerkschaftsfreiheit drinnen wie draußen näher zu kommen.



## Ärztliche Versorgung hinter Gittern: eine Katastrophe...

**Die gefangenen GG-Mitglieder wissen Bescheid: der im Knast zeitweise erreichbare Arzt ist von der Justiz angestellt und genießt das Vertrauen der Anstalt. Das Vertrauen der Gefangenen verdient er in den seltensten Fällen. So jemand dient halt seinem Dienstherrn. Das schlimme ist: Es gibt nur diesen einen Arzt. Wir Gefangenen haben keine Wahl. Einarztpolitik also.**



Der von der Justiz abhängige Arzt bestimmt, ob du krank bist, bzw. wie krank, wie arbeitsfähig. Selbst für interne Strafmaßnahmen, die sogenannte Disziplinarstrafe wie Arrest, hat der Arzt das Wort, gilt dessen Meinung „Der Gefangene. ist arrestfähig“ hören dann Gefangene, die zu Arrest verurteilt wurden. Mit ärztlicher Bescheinigung! Mittäterschaft bei internem Sonderterror der Anstalt!

### **Aber wehe du wirst wirklich krank!**

Da gibt es Schranken. Entweder ist der Arzt nicht da oder du wirst nicht vorgelassen. Du triffst zuerst auf den „Sani“. Der wiegelt oft ab. Mit einer Tablette oder ohne. Auch wenn man bis zum Arzt kommt, wird man oft als Untermensch behandelt. Oberflächliche oder gar keine Untersuchung. Menschen, die unter ständigen Stress leben, die Tag für Tag den Drang nach Freiheit haben, die mit Depressionen geplagt sind, auch die können unter einem Burnout leiden oder an einer Krankheit ohne eindeutige Symptome. Doch hinter Gittern nicht! Da sind das Simulanten!

Diagnosen werden auch draußen von Allgemeinmedizinern gestellt. Aber wenn sie nicht weiter wissen bzw. ihnen entsprechende Geräte fehlen, überweisen sie an den Facharzt. Doch hinter Git-

tern fast nie. Sind die Knastärzte auf allen Gebieten Fachärzte? Nur sie entscheiden, wann du zum Facharzt kommst, wann du ausgeführt wirst. Und da gilt wohl die Regel, dies möglichst zu vermeiden. Und so leiden weiterhin Tausende chronisch Kranker vor sich hin.

### **Schlimmer noch ist es für die, die im Sterben liegen.**

Diagnose Krebs... wie lange noch? Vielleicht 6 Monate! In Freiheit würde sich der Mensch vorbereiten können. Doch in Haft? Hier kann er dann vor Gericht ziehen und um Gnade betteln, dass er in „Würde“ (!) sterben darf !

Betreuung oder gar Pflege für schwer Kranke wird einem kaum geboten. Der Gefangene wird zwischengeparkt. Man verlegt ihn ins Justizkrankenhaus, wo dann auch nicht viel gemacht wird außer Pillen verschrieben.. Wer als Ausnahmefall kurzzeitig in ein lokales Krankenhaus außerhalb der Justizhoheit kommt, liegt dort teilweise gefesselt und mit Sonderbewachung.

Wer kennt nicht den krassen Fall von Willie? JVA Bruchsal: dort haben ihn die Mitgefangenen gepflegt. Ja selbst waschen mußten sie ihn. Mehrere Stürze in seiner Zelle hatten ihm Knochenbrüche gebracht. Er verreckte elendig ohne auch nur

einen Tag in Würde leben und sterben zu dürfen. Alle Gnadengesuche abgelehnt! Das Problem hinter Mauern ist, dass die Knastlogik herrscht: Sicherheit und Ordnung, wenig Personalaufwand, wenig sonstige geschaffene Möglichkeiten. Kostenersparnis auf dem Rücken der Gefangenen. Und nicht selten, dass kranke Gefangene dabei sterben. Oder sie leiden unnötig Schmerzen. Oder es ist zu spät für Heilung, wenn sie entlassen werden. Umso schwerer die Diagnose, umso mehr steht man hilflos da.

### **Das kann doch nicht ewig weiter gehen!**

Wir brauchen den verstärkten Kampf gegen die Einarztpolitik! So lange diese noch nicht überwunden ist, sollten wir als Zwischenschritt und zur Eingrenzung ihrer Macht fordern:

- eine unabhängige Beschwerdestelle,
- eine Kommission von ÄrztInnen, die sich Berichte anschauen von Gefangenen, die sich beschweren.
- unangekündigte Kontroll-Besuche der Kommission in den Justizvollzugsanstalten
- bei Abwesenheit eines Arztes/einer Ärztin (besonders nachts) ein für Gefangene erreichbares Notfalltelefon, das nicht von abwiegelnden Wärtern beherrscht wird.

Doch schon im StVollzG von 1977 war in Paragraphen die baldige Einbeziehung der Gefangenen in das Sozialversicherungs-System vorgesehen. Wie für die Rentenversicherung ist das auch für die gesetzliche Krankenversicherung nie umgesetzt worden. Wie kann dieses starre Verharren überwunden werden? Es muss uns gelingen :

- uns noch stärker und breiter zu organisieren,
- jeden Fall unverantwortlicher Behandlung durch die Einarztpolitik öffentlich zu machen,
- möglichst viel Unterstützung auch draußen zu gewinnen .

Die GG/BO hat bisher viel Öffentlichkeit für ihre zentralen Forderungen erreicht. Die Forderung nach Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherungen ist nicht neu, wird aber durch die GG/

BO wieder belebt. Das hieße ja endlich Versicherung der Gefangenen in Krankenkassen, genau so wie die Menschen draußen. Und daraus lässt sich das elementare Recht ableiten:

### **FREIE ARZTWAHL AUCH HINTER GITTERN – FÜR ALLE!**

Das heißt, die Einarztpolitik wäre abgeschafft. Gefangene könnten Ärzte ihres Vertrauens wählen. Am besten wäre, sie würden zu diesen ausgeführt. Zur Not wäre es aber auch denkbar, dass die jeweils gewählten Ärzte einen Behandlungsraum im Knast nutzen könnten. Ausführungen müssten dann erfolgen, wenn es zur Behandlung erforderlich ist. Was der Arzt entscheidet, der das Vertrauen des Gefangenen hat. Nach medizinischem Ermessen, ohne Abhängigkeit von der Justizverwaltung!

Gefangene sind keine Menschen und keine Patienten dritter Klasse! Wir fordern das Recht auf menschenwürdige Behandlung, menschenwürdiges Sterben außerhalb der Gefangenschaft und ein möglichst gesundes Leben in und nach der Haft.

*André Borris M.à Moussa Schmitz  
seit dem 15.08.2017 entlassen aus der  
JVA Wuppertal-Vohwinkel*

## Chronisch krank! Was nun?

### Gefangenenbrief über die ärztliche Versorgung in der JVA Ratingen

Ich bin seit Mai 2015 in Haft und war bis November 2016 in der JVA Köln, wo ich sehr kämpfen musste für ärztliche Versorgung. Ich musste des öfteren den Justizvollzugsbeauftragten Prof. Dr. M. Kubink anschreiben und somit meine Beschwerden vorbringen.

Seit Mitte November 2016 bin ich in der JVA „Düsseldorf“ bzw. Ratingen. Und seitdem muss ich mich ganz besonders ärgern, wie mit meiner Gesundheit umgegangen wird. Die Ärzte hier interessiert die Gesundheit der Gefangenen nicht. Man kann elende Schmerzen haben, das ist ganz egal. Das muß ich hier auch am eigenen Leib spüren. Es wird Medikation runter gefahren ohne den gefangenen „Patienten“ was zu sagen. Wenn man hartnäckig nachfragt, kommt die Begründung. „Die Medikation verträgt sich nicht mit der JVA

Da frage ich mich doch nach dieser eigenartigen Äußerung des Arztes: Was ist mit der Medikation der Drogernkranken? Bei denen wird eine Krankheit anerkannt. (Und das ist o.k! Ich fordere nicht das Gegenteil.) Ich frage mich aber doch, was mit den anderen chronisch Kranken ist. Sind die nicht krank? Oder ist das bei denen nur Einbildung? Ich gehe mit Schmerzen ins Bett und stehe damit auch wieder auf. Auch meine Kopfschmerzen sind sehr stark. Das kommt vom Tageslicht (Sonne). In der JVA Köln habe ich nach Absprache mit dem Arzt meine Sonnenbrille bekommen. Was mir in der JVA Düsseldorf-Ratingen verweigert wird. Die Begründung vom Arzt ist, dass S & O (Sicherheit und Ordnung) die Augen der Gefangenen sehen will. Also heißt es: Die Gesundheit und das Wohlbefinden des Gefangenen spielt keine Rolle. Die totale Kontrolle der Anstalt ist maßgeblich. Nach meiner Meinung ist das moderne Folter.

Wenn man zum Arzt geht wegen der dauernden Schmerzen, wird man auch nicht richtig untersucht. Und wenn man dann sagt, dass man sich

an seinen Anwalt wenden wird, wird man aus dem Sprechzimmer geworfen mit dem Gebell: „So nicht! Ich habe auch einen Anwalt!“ Und das war's für den Gefangenen. Die Ärzte interessieren sich nur für das Geld, das sie als fest angestellte Knastärzte verdienen. Der einzelne Gefangene zählt nicht. Der hypokratische Eid, was ist das? „Meine Verordnungen werde ich treffen zu Nutz und Frommen der Kranken, nach bestem Vermögen und Urteil; ich werde sie bewahren vor Schaden und willkürlichem Unrecht.“ Nie gehört! Ich muss dem Nutz und Frommen der Anstalt dienen.

Wir müssen uns von solchen Sitten befreien! Für normale Krankenversicherung! Für freie Arztwahl! Für eine mitmenschliche Medizin!

*Uwe Kühnlein*

*ein Gefangener aus der JVA Ratingen*



## 3 Jahre Gefangenengewerkschaft aus der Sicht eines kritischen Sympathisanten

Die Gründung der Gefangenengewerkschaft vor drei Jahren hat den Blick wieder gerichtet auf einen wichtigen Teil des Knastalltags, die Arbeit der Gefangenen. Eigentlich ist es ja ein Irrsinn, diejenigen, die einen einsperren, auch noch mit seiner Arbeit zu unterstützen. Warum tun es trotzdem die meisten Gefangenen, obwohl sie nur ein Butterbrot verdienen und die Arbeit oftmals immer noch stupide ist?

Draußen wie drinnen wird unter Zwang gearbeitet. Dies gilt zumindest für uns Billiglöhner. Draußen erfolgt der Druck über die ökonomische Schiene. Wenn Du nicht jeden Drecksjob annimmst, kriegst du kein Hartz 4 mehr. Draußen kriegst Du eh kein Hartz 4, sondern ein Taschengeld von etwa 30 Euro (ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich). Aber selbst dieses Taschengeld wird Dir gestrichen, wenn Du die Zwangsarbeit verweigert. Auch wenn einzelne Bundesländer die Arbeitspflicht abgeschafft haben oder dies planen – in den allermeisten Bundesländern herrscht noch Arbeitspflicht, d.h. Zwangsarbeit. Wer dies verweigert kann mit Hausstrafen, z.B. Arrest bestraft werden. Hinzu kommt, daß in den allermeisten Knästen während der Arbeitszeit die Zellen geschlossen sind. Wer also nicht arbeiten geht, bleibt in seiner Zelle eingeschlossen. Wer die Zwangsarbeit also verweigert sitzt fast 23 Stunden alleine in der Zelle, bekommt noch nicht mal den Taschengeldeinkauf und riskiert noch Hausstrafen. Nicht JedeR ist zum „Helden“ oder zur „Heldin“ geboren. Da macht es dann schon Sinn, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für Veränderung zu kämpfen.

Apropos Kämpfen. Schon vor der Gründung der Gefangenengewerkschaft war die Zwangsarbeit und der Kampf dagegen ein Thema unter den Gefangenen. Während meiner Haftzeit in den 70er und 80er Jahren hörte ich es immer wieder: „Wenn wir morgen nicht zur Arbeit ausrücken, bricht alles zusammen. Ich würd ja mitmachen, aber die anderen...“ Ja, ja, immer die bösen anderen. In der JVA Straubing gab es in den 80er Jahren eine Verabredung zu ei-

nem wilden Streik. Leider sind dann 90% morgens doch zur Arbeit gelatscht. Die Angst war wohl doch zu groß. In Ermangelung eines großen Streiks fand der Kampf gegen die Zwangsarbeit dann in bescheidenerem Rahmen statt. Beliebte waren beispielsweise kleinere Sabotageaktionen. In einer Anstaltsdruckerei wurden Haftbefehle gedruckt. Leider schlich sich ein kleiner Druckfehler ein. So mußten Berge von Haftbefehlen vernichtet werden. Ach wie schade. Etwas mehr Aufmerksamkeit fand eine Aktion der gefangenen Arbeiterinnen in der JVA Plötzensee. Diese mußten Einwegbesteck für die Lufthansa in Tütchen einpacken. Leider fanden die Flugpassagiere in diesen Tütchen auch Zettelchen, auf denen stand dann „made in Zwangsarbeit“ oder „an Bord befindet sich eine Bombe“. Manchmal war dem Besteck auch ein Haar oder wenig appetitanregende Dinge beigefügt. Nach mehrfachen Protesten von Fluggästen zog die Lufthansa den Auftrag an die JVA Plötzensee zurück. Ach wie schade.

Dies waren aber nur einzelne spektakuläre Aktionen. Weit verbreitet war dagegen so eine Art Dienst nach Vorschrift. Mann oder Frau hat also nur das getan, was unbedingt sein musste, um nicht sanktioniert zu werden. Woher sollte auch die Lust an der Arbeit kommen, wenn mensch dazu gezwungen wird und dafür nur ein kleines Taschengeld kriegst? Es ist ein Verdienst der Gefangenengewerkschaft, die ökonomische Situation der Gefangenen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Ging es zu Beginn nur um die Gefangenen, die Zwangsarbeit leisten, so findet langsam auch eine Öffnung hin zu den nichtarbeitenden Gefangenen statt. Für mich ist das ein entscheidender Punkt. Für Außenstehende mag es ja verwunderlich sein, dass sich viele Gefangene geradezu drum reißen, für 100 Euro einen miesen Knastjob machen zu können. Erklärbar ist dies nur mit der erbärmlichen ökonomischen Situation der nichtarbeitenden Gefangenen. Ein sogenannter Sozialeinkauf von 30-40 Euro im Monat ist einfach ein Witz. Das ist gerade mal ein Euro am Tag. Den schönen Worten, die PolitikerInnen in ihre Straf-

vollzugsgesetze schreiben, steht dieser erbärmliche Euro am Tag gegenüber. „Angleichung der Lebensverhältnisse mit denen draußen“ usw. Alles Blabla. Was bleibt, ist dieser jämmerliche Euro am Tag. So viel ist den meisten ParlamentarierInnen einE GefangeneR wert. Eine Anhebung des Sozialeinkaufs auf 5 Euro am Tag wäre kein großer Schritt und würde das Land nicht an den Rande des Ruins bringen. Solange aber in- und außerhalb der Parlamente viele der Ansicht sind, dass es den Gefangenen ohnehin zu gut geht, ist eine schnellere Verbesserung nicht zu erwarten. Wir werden noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, bis sich was verändert.

Wir alle wissen, wie beschissen Hartz4 und die Grundsicherung ist. Trotzdem wäre es unter dem Angleichungsgrundsatz das Sinnvollste, die Gefangenen in das System von Hartz4 oder Grundsicherung einzubeziehen. Im Klartext: nichtarbeitende Gefangene erhalten Hartz4. Davon wird die Gemeinschaftsverpflegung abgezogen. Der Verpflegungssatz liegt je nach Bundesland bei etwa 220 Euro. Der Rest steht den Gefangenen zum Einkauf zur Verfügung. So einfach ist das.

Warum fallen Hart4 EmpfängerInnen eigentlich sofort mit der Inhaftierung aus dem Leistungsbezug raus? Dies hat mit dem pervertierten Arbeitsbegriff in diesem Land zu tun. Hunderttausende arbeiten den ganzen Tag, aber ihre Arbeit wird nicht als Arbeit anerkannt. Dies gilt nicht nur für die Gefangenen, sondern u.a. auch für Menschen in Behinderteneinrichtungen, Psychiatrien, Ein-Euro-Jobber usw.

Wie absurd die gesellschaftliche Definition von Arbeit ist, will ich an drei Beispielen verdeutlichen:

- Eine Mutter mit 4 Kindern kümmert sich 24 Stunden um die Kinder. Keine Arbeit? Eine Kindergärtnerin kümmert sich 8 Stunden um 6 Kinder. Arbeit!
- Ein Mensch im Miele-Werk baut Schalter in einen Staubsauger ein. Arbeit! Ein Mensch in der JVA-Rheinbach stellt Kabeltrommeln für diesen Staubsauger her. Keine Arbeit?
- Ich schreibe diesen Artikel. Keine Arbeit? Ich schreibe diesen Artikel als angestellter Journalist. Arbeit!

Dahinter steckt das Bestreben, möglichst viel Arbeit schlecht oder garnicht zu bezahlen. Diese Haltung ist besonders bei denen ausgeprägt, die selber über ein hohes Einkommen verfügen. Ich denke, je mehr mensch sich mit der Gefangenengewerkschaft beschäftigt, desto mehr wird mensch bemerken, wie ungerecht diese Gesellschaft ist. Alles hängt davon ab, dass Arbeit endlich als Arbeit anerkannt wird. Die Herrschenden sind dabei durchaus widersprüchlich. Einerseits schreiben sie, dass die Gefangenen zur Arbeit verpflichtet sind, andererseits behaupten sie, dass dies gar keine Arbeit sei. Sie drehen es sich eben so, wie es am Besten passt.

Die Frage ist nun, was dagegen zu tun ist. Öffentlichkeit schaffen, Bündnispartner suchen - alles wichtig und gut. Letztendlich wird aber eine Gewerkschaft, die nicht in der Lage ist Arbeitskämpfe zu führen, nicht wirklich ernst genommen. Nun haben Gefangene kein Streikrecht, da sie ja von den Wortjongleuren zu NichtarbeiterInnen erklärt werden. Es muss also ein Ziel der Gefangenengewerkschaft sein, das Streikrecht für die Gefangenen durchzusetzen. Auf dem Weg dahin ist es sicherlich sinnvoll, die Firmen öffentlich zu machen, die von der „Beschäftigungstherapie“ der Gefangenen profitieren. MancheR wird sich da wundern, wer da dann alles auf der Liste steht. Automobilkonzerne, Miele, Gardena und viele andere. Das who is who der deutschen Industrie. Eigentlich müssten zumindest die gewerkschaftlich organisierten KollegInnen in diesen Konzernen sagen: „Unsere gefangenen KollegInnen müssen auch anständig bezahlt werden“. Soweit reicht aber bislang die gewerkschaftliche Solidarität nicht. Wird Zeit, dass sich was dran ändert.

*Gerhard*

*autonomes knastprojekt köln*

# Als Gefangenen-Gewerkschaft gegen die institutionelle und gesellschaftliche Diskriminierung von Ex-Gefangenen!

Die Bundesagentur für Arbeit muss zahlen



Am 12. September 2017 entschied das Bundessozialgericht in Kassel zugunsten eines Thüringer Ex-Gefangenen und gegen die Diskriminierung von Ex-Gefangenen durch die Bundesagentur für Arbeit. Diese hatte zwischen 2012 und 2016 Ex-Gefangene bei der Berechnung der Anwartschaft auf ALG I benachteiligt. In den Wochen vor dem Prozess wurde der Ex-Gefangene von der GG/BO-Soligruppe Jena unterstützt.

Ex-Gefangene werden in dieser Gesellschaft auf verschiedene Arten und Weisen diskriminiert. Zumeist, z.B. auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt, findet das informell statt. Aber manchmal basiert diese Ungleichbehandlung auf institutionellen Anweisungen. So im Falle der Bundesagentur für Arbeit. Von 2012 bis 2016 gab es eine Anweisung der Bundesagentur für Arbeit, Ex-Gefangene bei der Berechnung der Anwartschaft auf ALG I zu benachteiligen.

Arbeitslose müssen innerhalb von zwei Jahren ein Jahr Arbeit nachweisen, um ALG I zu bekommen. Bei einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis werden dabei alle Tage von Beginn bis Ende des Arbeitsverhältnisses zusammengezählt, d.h. auch arbeitsfreie Samstage, Sonn- und Feiertage. So ist das

eigentlich auch bei Ex-Gefangenen, die hinter Gittern gearbeitet haben. Von 2012 bis 2016 allerdings gab es eine Anweisung der Bundesagentur für Arbeit an die JVA's, bei der Berechnung der gearbeiteten Tage arbeitsfreie Samstage, Sonn- und Feiertage abzuziehen. Während allen anderen Arbeiter\*innen also pro Woche 7 und pro Jahr 360 Tage berechnet wurden, kamen Ex-Gefangene pro Woche nur auf 5 und pro Jahr nur auf 260 gearbeitete Tage. Das bedeutet, dass Ex-Gefangene 21 Wochen mehr gearbeitet haben mussten als andere Arbeitslose, um den gleichen Anspruch auf ALG I zu erhalten und dass sie also viel schneller in die Mühlen von Hartz IV gerieten.

Ein Thüringer Ex-Häftling hatte im Februar 2012 Antrag auf ALG I gestellt. Als ihm das trotz eigentlich erfüllter Anwartschaft verwehrt wurde, klagte er im März 2012 gegen die Bundesagentur für Arbeit. Das Sozialgericht Gotha entschied im Juni 2013 zugunsten der Bundesagentur für Arbeit. Der Ex-Gefangene ging in Berufung. Daraufhin gab das Landessozialgericht in Gotha ihm im August 2016 Recht. Die Bundesagentur für Arbeit ging jedoch kurz darauf in Revision. Eine Grundsatzentscheidung konnte so erst am 12. September 2017 vom Bundessozialgericht in Kassel erreicht werden.

Als Jenaer Solidaritätsgruppe der Gefangenen-Gewerkschaft haben wir den klagenden Kollegen in den Wochen vor dem Prozess vorm Bundessozialgericht unterstützt. Wir haben den Fall öffentlich gemacht und dazu Stellung bezogen. Wir haben am 2. September 2017 mit 20 Leuten eine Kundgebung vorm Jenaer Arbeitsamt durchgeführt, um die Bundesagentur für Arbeit sowie die Besucher\*innen einer dort stattfindenden Jobmesse auf die Missstände hinzuweisen. Wir haben Journalist\*innen informiert und für Berichterstattung durch die Thüringer Regionalpresse gesorgt. Wir sind mit dem Kollegen zusammen nach Kassel gefahren, haben die sozialen Bewegungen aus Kassel zur Verhandlung eingeladen und haben unseren Kollegen während der Verhandlung unterstützt.

Sobald das schriftliche Urteil vorliegt möchten wir möglichst viele (Ex-)Gefangene, die zwischen 2012 und 2016 von der diskriminierenden Praxis der Bundesagentur für Arbeit betroffen waren, dazu ermutigen, für die Nachzahlung des ALG I zu streiten. Wir werden dazu ein Formblatt und Hinweise verbreiten, mithilfe derer die Ex-Gefangenen sich ei-

genständig um ihr Geld bemühen können. Ihr könnt euch aber gerne schon jetzt bei uns melden.

Selbstverständlich geht es uns mittelfristig nicht nur darum, dass Ex-Gefangene einfach auf die gleiche Art und Weise wie alle Anderen behandelt werden. Uns ist bewusst, dass das Arbeitsamt und vor allem die Hartz-IV-Jobcenter einen zynischen bürokratischen Apparat darstellen, der einzig darauf aus ist, Arbeitslose so lange zu drangsalieren, bis sie welche Arbeit auch immer bereit sind anzunehmen. Insofern sehen wir in der erfolgreichen Klage des Ex-Gefangenen einen kleinen, aber notwendigen Schritt an, unterstützen aber auch den darüber hinaus gehenden selbstorganisierten Widerstand von Hartz-IV-Gruppen gegen die staatliche Bevormundung, Überwachung und Drangsalierung am Jobcenter. Da viele Ex-Gefangene zunächst ALG II beantragen und am Jobcenter landen, sollten wir als GG/BO-Soligruppen enger mit Gruppen von Hartz-IV-Empfänger\*innen wie in Jena dem MobB e.V. oder der FAU Jena zusammenarbeiten.

*von der GG/BO-Soligruppe Jena*



## Der Sitzstreik in der JVA Chemnitz

Am 24. September protestierten 40 Gefangene der Frauen-JVA Chemnitz mit einem anderthalbstündigen Sitzstreik im Gefängnishof gegen die Kürzung der Aufschlusszeiten. Im Anschluss ging die Anstaltsleitung mit Disziplinarmaßnahmen und Zwangsverlegungen gegen über 30 der Sitzstreikerinnen vor. Die Beteiligten wehren sich seitdem unterstützt von der GG/BO-Sektion der JVA Chemnitz und der GG/BO-Solidaritätsgruppe Jena gegen die Strafmaßnahmen.

Der Sitzstreik richtete sich gegen die radikale Kürzung des Aufschlusses und den Ausfall von Freizeitaktivitäten aufgrund Personalmangels. Personalmangel ist ein strukturelles Problem nicht nur des sächsischen Strafvollzugs, sondern auch in Thüringen und anderen Bundesländern. Leidtragende sind letzten Endes immer die Gefangenen – in Form von gestrichenem Aufschluss, Ausfall von Freizeitmaßnahmen, weniger Ausführungssterminen, weiter eingeschränktem Zugang zu medizinischer Versorgung. Das sächsische Justizministerium hat bereits erklärt, dass es nicht mehr Wärter einstellen werde. Das entspricht auch nicht unseren Vorstellungen als Gefangenen-Gewerkschaft. Um die Gefangenen vor den Folgen des Personalmangels zu schützen, sollten stattdessen mehr Häftlinge entlassen und die unterbesetzten Trakte geschlossen werden.

Laut der mittlerweile entlassenen GG/BO-Ansprechpartnerin in der JVA Chemnitz, Manuela B., hatte der Vollzugsleiter Daniel Krätzner im Gegenzug für die Beendigung des Sitzstreiks Veränderungen und Straffreiheit für die Sitzstreikerinnen versprochen. Dieses Versprechen wurde gebrochen.

„Laut Freier Presse und nach hiesiger Aussage von Hr. Krätzner wurden bei Beendigung des Sitzstreiks ja Änderungen im Tagesablauf und beim Sportplan zugesichert, doch beides wurde ja widerrufen.“

Auch was die zugesicherte Straffreiheit bezüglich des Streiks angeht – alles leere Worte. Es fanden

Anhörungen statt, Disziplinarmaßnahmen wurden eingeleitet und ausgesprochen, Ermittlungsverfahren angedroht wegen Meuterei. Aber Meuterei ist es nur, wenn etwas beschädigt wurde, was aber hier nicht der Fall war – daher unbegründet. Zwei Insassinnen wurden ohne Ankündigung strafverlegt. Die eine hatte erst Einschluss auf Bewährung bekommen, die andere 4 Wochen Einschluss, doch beides wurde grundsätzlich widerrufen. Es wurden Doppelbestrafungen verteilt, was auch nicht zulässig ist. Teilweise wurde gar nichts erteilt.“, so Manuela B. in ihrem Brief an die Solidaritätsgruppe Jena der Gefangenen-Gewerkschaft vom 3. Oktober 2017.

Am 14. Oktober dann: „Mittlerweile haben alle Gespräche mit den „streikenden Mädels“ stattgefunden. Es wurden nochmals Verwarnungen und Einschlüsse „auf Bewährung“ als Disziplinarmaßnahmen angesprochen. Weitere Strafverlegungen fanden nicht statt.“

Was die „strafverlegten Mädels“ angeht, kann ich euch folgende Rückmeldung geben: Eine Person ist in die JVA Zweibrücken verlegt worden (persönlich vom Sicherheitsdienst). Dort in IsoHaft (15:30 Nachteinschluss mit Wegnahme aller Rauchutensilien, nur Not-Schreibutensilien: Bleistift und weiße Blätter, usw.). Eine Rückverlegung nach Abschluss der Maßnahme ist noch nicht vorgesehen. Kontaktsperre nach außen (telefonisch), nur 3 Briefe pro Woche erlaubt. Anmerkung: Mutter eines dreijährigen Kindes.

Eine zweite Person wurde in die JVA Luckau-Duben verlegt. Der hier auf Bewährung umgesetzte 4-wöchige Einschluss ist dort umgesetzt worden. D.h. die Bewährung verlor dort die Wirksamkeit und wurde widerrufen. Auch da ist die Rückverlegung noch offen.

Die Strafverlegung der beiden Gefangenen erfolgte nur aufgrund von Indizien, von Aussagen Anderer, wo sie als Rädelsführerinnen hervorgingen. Eine Stellungnahme seitens der Anstalt diesbezüglich erfolgte bisher noch nicht. Auch nicht seitens des

Anstaltsbeirats oder des Ministeriums. Alle zeigen sich in dieser Angelegenheit bedeckt.“

Die Sitzstreikerinnen gehen seitdem gegen die Straßmaßnahmen vor. Manuela B. schreibt am 3. Oktober: „Natürlich sind jetzt diesbezüglich viele 109er geschrieben worden, aber es gingen auch Schreiben an das Ministerium raus. [...] Jedenfalls kann es so nicht bleiben. Warum sollen Gefangene nicht ihre Meinung äußern dürfen? Wie schon gesagt: Auch wie haben Rechte.“

Als Solidaritätsgruppe Jena haben wir uns ebenfalls bemüht, die Sitzstreikerinnen zu unterstützen. Wir haben unsere Perspektive veröffentlicht, die Presse informiert, Solidaritätsschreiben an die Sitzstreikerinnen geschickt und dazu aufgerufen, beim Ministerium und der JVA zu protestieren. Diese Bemühungen sind drinne angekommen. Manuela B. von der GG/BO-Sektion der JVA Chemnitz schrieb am 14. Oktober 2017:

*„Hallo Soligruppe Jena!*

*Erst einmal ein ganz großes Dankeschön an Euch, für Eure lieben Zeilen, Eure Solidarität gegenüber den Sitzstreikerinnen. Wir haben uns natürlich riesig darüber gefreut. Das zeigt, dass man nicht allein dasteht und gibt uns Mut zum Weitermachen, vor allem aber auch Kraft nicht aufzugeben. Es ist toll, soviel Rückhalt zu erfahren, denn genau dann weiß man: Ich/wir haben alles richtig gemacht!*

*Zwar gab es bisher noch keine positiven Veränderungen bezüglich des Beamtenmangels und des veränderten Tagesablaufs, aber wir haben auf uns aufmerksam gemacht – nicht nur hier drin, sondern auch draußen. Wir sind keine Menschen der 3. Klasse, die Randgruppe, die weggeschlossen wird, die nicht gesehen werden soll, sondern auch wir sind Menschen, die Rechte haben, vor allem eine Würde. Warum sollen die Grund- und Menschenrechte der Gefangenen in Vergessenheit geraten und denen keinen Beachtung geschenkt werden? Glaube... nein, ich bin mir sicher, dass man nur so wahrgenommen wird und Gehört erlangt. Schon im Grundgesetz ist die Meinungs- und Informationsfreiheit verankert und zwar im Artikel 5. Nur schenkt dem leider keiner Beachtung.*

*Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass das Justizsystem Probleme hat und auch ist die Beam-*

*tenproblematik ja schon länger bekannt. Nur leider wird erst dann reagiert, wenn das Kind schon halb in den Brunnen gefallen ist. Doch leider fallen die Reaktionen dann immer ganz anders aus und werden dann auf dem Rücken anderer ausge-tragen – in dem Falle auf unserem.*

*Warum fallen Fehler erst jetzt auf? Warum reagiert da niemand drauf? Ist die Augen zu schließen, mit Sanktionen zu reagieren die richtige und einzige Lösung für Alles? Nein! Doch wir werden uns nicht unterkriegen lassen! Wir werden weiter für die Gemeinschaft kämpfen. Hey =) Was haben wir denn schon zu verlieren? Wir werden doch schon als Randgruppe abgestempelt. Warum dann nicht ein Stück weit gemeinsam kämpfen? Man verliert nie. Entweder man gewinnt oder man lernt! Deshalb werden wir auch weiter kämpfen – nämlich für unsere Rechte.*

*Viele liebe Grüße auch von den anderen Mädels und vor allem von den Sitzstreikerinnen, denen ich Eure Briefe gezeigt und vorgelesen habe. Sie lassen sich nicht unterkriegen.*

*Solidarische Grüße!*

*Die Manu – im Namen aller Mädels“*

Der Sitzstreik in Chemnitz zeigt, dass es möglich ist, von drinnen und draußen gemeinsam für eine Verbesserung der Lage der inhaftierten Arbeiter\*innen zu kämpfen. Bauen wir in diesem Sinne das Band der Solidarität zwischen drinnen und draußen für die künftigen Gefangenenkämpfe aus!

## Vorstellung des Ratgebers „Wege durch den Knast“

Gefangene können das Buch umsonst erwerben! Es müssen nur 1,65€ Portokosten bezahlt werden. Einfach einen Brief mit den Portokosten in Briefmarkenform direkt an den Verlag „Assoziation A“ senden. Die Adresse findet Ihr hier unten.



„Wege durch den Knast“ ist ein Ratgeber, der sich der Überwindung der Isolation Gefangener durch Bildung und Information verschrieben hat. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt, das von Gefangenen, Ex-Gefangenen und Nicht-Gefangenen gemeinsam entwickelt wurde.

Der Grundgedanke ist der, der in vielen Knästen seit jeher schon gelebt wird: die Wissensweitergabe von erfahrenen Gefangenen an Neu-Zugänge. Die Texte sollen Euch ermöglichen, immer wieder aus dem rechtlosen Objektstatus der Gefangenen des Staates auszubrechen und handlungsfähig zu werden. Dazu können insbesondere die umfangreichen Kapitel über Krankheiten und über Rechtsmittel ihren Teil beitragen.

Wir haben im Ratgeber ausschließlich die weibliche Form verwendet, aus Gründen der besseren Lesbarkeit und des geringeren Umfangs, aber auch weil Frauen allgemein in der Gesellschaft, aber besonders im Kontext Knast viel weniger sichtbar sind als Männer. Das wollen wir ein Stück weit au rechnen. Alle anderen Geschlechter sind damit natürlich auch gemeint.

Wir hoffen, dass dieser Ratgeber Euch etwas bringt. Lest ihn, wie ihr wollt: von vorn nach hinten, nur die Kapitel die Euch interessieren oder nur als Nachschlagewerk wenn ihr konkret eine Frage beantwortet haben müsst. Schreibt uns gern, wenn ihr andere Erfahrungen macht, wenn etwas in dem Buch falsch ist oder jedenfalls in „Deinem“ Knast anders gehandhabt wird. Auch, ob ihr mit den Musterbegründungen aus dem Rechtsteil eher Erfolg habt oder nicht. Schickt diese Seite gern an andere Gefangene weiter und helft Gefangenen, die nicht gut (Deutsch) lesen können, mit der Übersetzung, lest es Euch gegenseitig vor und diskutiert gern darüber, wenn ihr die Möglichkeit habt.

*Herausgeber:  
Redaktionskollektiv  
c/o Assoziation A  
Gneisenaustr. 2a  
10961 Berlin*

## Kontakte

### **Für Gefangene in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen:**

GG/BO Soligruppe Leipzig  
c/o linXXnet  
Bornaische Str. 3d  
04277 Leipzig-Connewitz

*Web: [www.leipzig.ggbo.de](http://www.leipzig.ggbo.de)  
E-Mail: [leipzig@ggbo.de](mailto:leipzig@ggbo.de)  
Mobil: 01575 6296797*

### **Für Gefangene in Hessen, Berlin, Brandenburg, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein:**

GG/BO Soligruppe Berlin  
c/o Haus der Demokratie und  
Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin

*E-Mail: [berlin@ggbo.de](mailto:berlin@ggbo.de)  
Telefon für Gefangene:  
01748117954*

### **Für Gefangene in Thüringen:**

GG/BO Soligruppe Jena  
Schillergäßchen 5  
07745 Jena

*Web: [www.jena.ggbo.de](http://www.jena.ggbo.de)  
E-Mail: [ggbo-soli-jena@riseup.net](mailto:ggbo-soli-jena@riseup.net)*

### **Für Gefangene in Nordrhein-Westfalen:**

GG/BO Soligruppe Köln  
Elsaßstr. 34  
50677 Köln

*E-Mail: [ggsoli-koeln@riseup.net](mailto:ggsoli-koeln@riseup.net)  
Tel. 0221 33 18 716*

Zu den Gesamtaktivitäten der GG/BO kannst du dich auch informieren unter:

**[www.ggbo.de](http://www.ggbo.de) oder  
[facebook.com/Gefangenengewerkschaft](https://www.facebook.com/Gefangenengewerkschaft) !**

Für Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz gibt es derzeit keine Soligruppen.

Wir wollen das aber ändern! Vorläufig schreibt bitte für **Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Hamburg** und **Bremen** an die Soligruppe Berlin.  
Für **Rheinland-Pfalz** schreibt bitte an die Soligruppe Köln.

## Gefangene kontaktieren Gefangene

**Sprecher der JVA Untermaßfeld**

*Marco Miersch*  
Karl-Marx-Straße 8  
98617 Untermaßfeld

**Sprecher der JVA Tonna**

*Maik Büchner und Silvio Jacob*  
Im Stemker 4  
99958 Gräfentonna

*Sascha Kelle*  
stellv. GG-Sprecher JVA Tonna  
Im Stemker 4  
99958 Gräfentonna

**Sprecher der JVA Suhl-Goldlauter**

*Steven Koch*  
Zellaer Straße 154  
98528 Suhl

**Sprecher der JVA Hohenleuben**

*Carsten Kreibom*  
Gartenstraße 4  
07958 Hohenleuben

**Sprecherin der JVA Willich**

*Stefanie Meyer*  
Gartenstraße 2  
47877 Willich

**Sprecher der JVA Tegel**

*Mehmet S. Aykol*  
Rechtssekretär und Rechtsberater  
Seidelstraße 39  
13507 Berlin

**Sprecher der JVA Neumünster**

*Markus Richter*  
Bootstedterstr. 30  
24534 Neumünster

**Sprecher der JVA Torgau**

*David Scholz*  
Am Fort Zinna 7  
04860 Torgau

**Sprecher der JVA Waldheim**

*Patrick Schulze*  
Dresdener Str. 1 a  
04736 Waldheim

**Sprecher der JVA Zeithain**

*Manuel Matzke*  
Industriestraße E2  
01612 Glaubitz



## Schreibt uns!

Wir als Soligruppen würden uns wünschen, dass diese Zeitschrift nicht nur in eine Richtung kommuniziert, sondern dass Gefangene dieses Organ nutzen, um sich inhaltlich zu beteiligen. Daher rufen wir hier ausdrücklich dazu auf uns Leserbriefe, Zeichnungen, Zustandsberichte und mehr zukommen zu lassen! Lasst uns gemeinsam die outbreak #4 gestalten und eine regelmäßige Ausgabe dieser Zeitung möglich zu machen!

---

**Die GG/BO stellt die soziale Frage hinter Gittern. Kein Mindestlohn, keine Rentenversicherung, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Kündigungsschutz, kein „Hartz IV“ für Beschäftigungslose in der Haft – das ist die Realität des bundesdeutschen Strafvollzugs für Gefangene! Die GG/BO gibt sich mit diesem Status Quo nicht zufrieden! Für den Einbezug aller Gefangenen in die Rentenversicherung, für den Mindestlohn, für eine Tariffähigkeit, gegen die Arbeitspflicht, für die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern! Gegen die Ausbeutung durch einen Hungerlohn im Knast, gegen die Repression seitens der Bediensteten, gegen die Fraktionierung der Gefangenen!**

**Lasst und gemeinsam kämpfen - drinnen wie draußen. Die outbreak ist dabei die Gewerkschaftszeitung und dient als Sprachrohr von draußen nach drinnen.**